

April 2016
Das VPOD-Magazin erscheint 10-mal pro Jahr

Die Gewerkschaft

Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

VPOD

Väter und andere Care-Worker

Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Problem auch für Männer

KOSTEN IN DER 2. SÄULE



Vermögensverwaltungskosten unter der Lupe

1. Juni 2016, 9:15 – 12:30
Schmiedstube, Bern



Rudolf Strahm
Ökonom, Publizist und ehemaliger
Preisüberwacher

„Bisher waren viele Stiftungsräte zu zahm und zu wenig wettbewerbsorientiert gegenüber der Anlegerszene und den Assetmanagern. Es fehlten ihnen standardisierte Vergleichsziffern.“



Jorge Serra
PK-Netz Vizepräsident, VPOD-Finanzchef und
Mitglied in diversen Stiftungsräten

„Die Stiftungsräte tragen die Verantwortung. Sie müssen deshalb alles und damit auch die Vermögensverwaltungskosten kritisch hinterfragen.“

Weitere Informationen
und Anmeldungen:

www.pk-netz.ch



Vera Kupper Staub
Vizepräsidentin Oberaufsichtskommission
Berufliche Vorsorge OAK BV

„Kostentransparenz hat sich durch neue Bestimmungen verbessert. Das ist wichtig für die Pensionskassen und für die Öffentlichkeit.“



Jürg Tobler
Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung PKZH,
Leitung Geschäftsbereich Vermögensanlagen

„Eine Anlagestrategie, die möglichst niedrige Kosten aufweist, garantiert in keiner Weise ein gutes Rendite-Risiko-Verhältnis.“



Stefan Beiner
Leiter Asset Management & Stv. Direktor
Pensionskasse des Bundes PUBLICA

„PUBLICA investiert nur in transparente und verständliche Risikoklassen. Kosten sind eines von mehreren wichtigen Kriterien innerhalb des Selektionsprozesses.“



Arbeiten und Angehörige pflegen – wie geht das?

Samstag, 21. Mai 2016, 9:30–13 Uhr
Restaurant Dählhölzli, Bern

Teil 1: Eigene Grenzen der Belastbarkeit, Austausch,
Entlastungsangebote

Teil 2: Betreuungsgutschriften, Pflegevertrag,
Modelle zur Vereinbarkeit

Referentinnen: **Bettina Ugolini**, Leiterin der psychologischen Beratungsstelle Leben im Alter LiA, Uni Zürich; **Diana Bertschi**, Fachfrau Pflegende Angehörige, Spitex Burgdorf
Anschliessend Diskussionsrunde und Marktplatz der Entlastungsangebote

Zielpublikum: Personen, die im Erwerbsleben stehen und bereits Angehörige betreuen oder dies in Erwägung ziehen

Anmelden bis 6. Mai online unter www.vpodbern.ch,
031 371 67 45 oder angela.zihler@vpodbern.ch

Für VPOD-Mitglieder kostenlos, Nichtmitglieder bezahlen 120 Franken

VPOD-Verbandskonferenz Sozialbereich
Donnerstag/Freitag, 2./3. Juni, Solothurn

«Es geht anders, es geht besser»

Referate, Diskussionen, Ateliers, Ausstellung, Essen und Musik



Mit **Peter Schneider** (Psychoanalytiker, bekannt u. a. aus dem Radio SRF und aus «Leser fragen» im *Tages-Anzeiger*)

Weiter wirken mit: **Ruedi Epple** (Universität Freiburg), **Bulle Nanjoud** (Le 2ème Observatoire), **Katharina Prelicz-Huber** (Präsidentin VPOD), u.v.m.

Themen: Spuren einer anderen sozialen Arbeit; In kleinen Schritten gegen den Wind; Puppenstuben und Lego-Ecken; Im Sandwich; Die Evaluation frisst ihre Kinder u. a.

Musik und Tanz mit **The Fake** («Great Songs from the Sixties to Today»)

Rahmenprogramm: «**Aufbruch in eine soziale Schweiz**»: Gewerkschaften, Institutionen und Aufbauhilfe um 1945 – Fotografien von Ernst Köhli (1913–1983)

Anmeldung ab sofort bei den *Regionalsekretariaten*

Themen des Monats

- 5 Den Pass anpassen?**
Strategien für Secondas und Secondos in der Schweiz
- 6 Niemandes Wunsch und Wille...**
Lohndiskriminierung als Spiegel unterschwelliger Normen
- 7 Geld oder Leben? Leben!**
Der Generalsekretär erklärt die Altersvorsorge – Teil 7
- 9 Zauberberg des Sozialismus**
Vor 100 Jahren:
«2. Zimmerwalder Konferenz» in Kiental
- 11–15 Dossier: Väter (und andere Care-Worker)**
Margrit Stamm im Interview
Väter in der Analyse
24-Stunden-Betreuung im Fokus
- 16–17** Alle Termine zum 1. Mai im Überblick

Rubriken

- 4 Gewerkschaftsnachrichten**
- 8 Aus den Regionen und Sektionen**
- 10 Susi Stühlinger: Grosse Fragen**
- 18 Wirtschaftslektion: Überlegene AHV**
- 19 Wettbewerb: Es liegt in der Luft eine Sachlichkeit**
- 20 VPOD aktuell**
- 21 Hier half der VPOD: Plötzliche Ungnade**
- 22 Solidar Suisse: Kaffee von unten aus Nicaragua**
- 23 Menschen im VPOD: Stella Jegher nimmt eine Auszeit**

Redaktion/Administration:

Postfach 8279, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52, Telefax 044 266 52 53
Nr. 3, April 2016
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch
Erscheint 10-mal pro Jahr



Christoph Schlatter
ist Redaktor des VPOD-Magazins

Nur Mut

In grosser Zahl kommen Flüchtlinge ins Land. Zwar sind manche gut ausgebildet, haben in ihrer Heimat wichtige Posten bekleidet. Trotzdem muss man schauen, dass zuerst die eigenen Leute Beschäftigung finden. Gerade in einer so angespannten Situation. Da kann man nicht jeden einlassen. Da ist irgendwann das Boot einfach voll. Wir helfen ja gerne, aber es gibt Grenzen. Grenzen der Aufnahmebereitschaft. Und Landesgrenzen sind ja auch nicht zufällig da. Sie scheiden, was nicht zusammengehört. Und man muss schliesslich auch an unsere Frauen und Töchter denken.

So reden sie, die ihren Hass als Angst ausgeben oder – wie man heute sagt – als «Ängste». So reden sie hier, nicht anders als in Clausnitz oder Dresden oder wo sonst der Mob mobbt und die Flüchtlingsheime brennen. Und so redeten viele hier auch vor 80 Jahren. Eine preussische Jüdin oder ein schlesischer Kommunist, die vor dem Naziterror geflüchtet waren, kamen der Schweiz von damals gerade so fremd vor wie heute jemand aus Aleppo oder Kabul. Gemütlich war die Weltlage auch 1933, 1936, 1939 nicht. Die Konjunktur lag im Keller, die politische Zukunft im Dunkeln. Würde der grosse Diktator noch ganz Europa unterwerfen? Auch die Schweiz?

In dieser Zeit war Hans Oprecht geschäftsleitender Sekretär, Stimme und Gesicht des VPOD. Das war ein Glück nicht nur für die Gewerkschaft, sondern auch für jene, die vor Hitler in die Schweiz flohen. Rasch sprach sich unter ihnen herum, dass einem in Zürich auf dem VPOD-Sekretariat geholfen werde. Oprecht tat, was in seiner Macht stand, die Verfolgten zu schützen und zu unterstützen – «fearless and selfless, always ready to help those in need», wie eine Zeitzeugin später schrieb. Er tat dies auf vielfältigste Weise und notfalls, etwa wenn es um die Beschaffung von Pässen für Papierlose ging, auch mit nicht ganz legalen Mitteln.

Dass der Kollege Oprecht ein mutiger Mensch war, dafür gibt es viele Belege, lustige und ernste. Im November 1918 war er – an seinem vierten Arbeitstag an der Stelle – der einzige Stadtzürcher Beamte, der am Generalstreik teilnahm. Und in den 1950er Jahren, mit einer internationalen Delegation auf Empfang beim britischen Königshaus, der einzige, der seinen Rücken gerade hielt und der Queen zum Gruss einfach die Hand entgegenstreckte.

«Wehe dem Land, das Helden nötig hat», hat Brecht gesagt. Kann schon sein. Aber ein paar Mutige wie Hans Oprecht vertrüge es noch problemlos. Das hilft auch uns schwächeren Geistern, ein bisschen mehr Gutes zu wagen. Mehr Rückgrat zu zeigen. Etwas weniger Angst zu haben. Und schon gar keine «Ängste».



Gewerkschaften an Nationalrat: Auf die Kantone hören!

Gewerkschaften an Nationalbank: Franken schwächen!



Profitmaximierung geopfert? Die 7 Mitglieder der Konzernleitung bekommen 15,4, die Aktionäre 48 Millionen Franken. Angesichts solcher Summen ist es skandalös, dass Tamedia den GAV der grafischen Industrie verlassen hat. Zudem ist ein Deutschschweizer Journalisten-GAV dringend nötig. | [syndicom/slt](#)

Frauentag: Die Renten rauf, nicht das Rentenalter

Zum Frauentag haben Gewerkschafterinnen ein Zeichen gegen eine Erhöhung des Frauenrentenalters gesetzt. Das Reformpaket «Altersvorsorge 2020» will dieses von 64 auf 65 anheben. «Das hat nichts mit Gleichstellung zu tun, sondern ist ein milliardenschweres Sparprogramm auf dem Rücken der Frauen», sagt VPOD-Zentralsekretärin Christine Flitner. Solange Frauen immer noch mehr unbezahlte Arbeit leisteten und weniger verdienten als Männer, solange sei eine Anhebung des Frauenrentenalters tabu. Daher: Rauf mit den Renten, nicht mit dem Rentenalter! | [vpod](#)

Bildung im Rückwärtsgang?

Der Bundesrat sieht für die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) der Jahre 2017 bis 2020 lediglich noch ein mageres Wachstum von 2 Prozent vor. Die Akteure des Bildungs- und Forschungsplatzes haben mit 3,2 Prozent gerechnet. Auch für den SGB und den VPOD ist die Kürzung inakzeptabel: Wie kann der Bundesrat einen Bereich zur Priorität erklären und gleichzeitig die versprochenen Mittel derart eindampfen? | [sgb/slt](#)

SEV: Mehr Personal für die SBB

Der Jahresabschluss der SBB zeigt, dass überall gute Arbeit geleistet wird. Die Gewerkschaft SEV erinnert daran, dass dies nicht an der bonusgarnierten Konzernleitung liegt, sondern am Personal. Ohne dieses dreht sich kein einziges Rad. Dabei, so betont der SEV, sind die SBB personell keineswegs überdotiert; das Gegenteil ist der Fall – zumal mit der Eröffnung des Gotthard-Basistunnels ein weiterer Ausbauschnitt folgt, der zusätzliches Personal erfordert. | [sev/slt](#)

Paketpösterinnen im Stress

Die Zeit, die Paketpostboten für die Zustellung zur Verfügung haben, ist sekundengenau definiert. Wer länger braucht, kann keine Überzeit aufschreiben. Manchmal kommen so mehrere Stunden Gratisarbeit pro Woche zusammen. Die Unzufriedenheit über diese Zustände ist bei den Angestellten gross, wie eine Syndicom-Umfrage ergab. Die Gewerkschaft hat Gespräche mit der Post aufgenommen, denn Gratisarbeit bei einem bundesnahen Unternehmen geht gar nicht. | [slt](#)

Tamedia-Abschluss: Jetzt GAV!

Die Tamedia-Zahlen für 2015 sind erneut sehr gut: Kein anderes Schweizer Medienunternehmen macht 334 Millionen Franken Gewinn. Werden publizistische Qualität und Arbeitsbedingungen der

Die Folgen der Geldpolitik: Theorie...

Ein gutes Jahr nach Aufhebung des Mindestkurses bewegt sich der Franken nach wie vor unterhalb von 1.10 Fr./Euro. Die Teuerung ist negativ, die Arbeitslosigkeit steigt. In der Exportwirtschaft sind Tausende von Arbeitsplätzen verschwunden. Die Hoffnung der Nationalbank auf eine Frankenabwertung im Lauf des Jahres 2015 hat sich nicht erfüllt. Zwar wirken die Massnahmen – Negativzinsen, Devisenmarktinterventionen – in die richtige Richtung. Doch sie reichen nicht. Der SGB erwartet von der Nationalbank, dass sie den Franken auf ein lohn- und arbeitsplatzverträgliches Niveau bringt. | [sgb](#) (Foto: [slt](#))

... und Praxis (Schindler und Sulzer)

Wie der Liftbauer Schindler bekanntgibt, werden am Standort Ebikon 120 Stellen abgebaut und nach China und Indien verlagert. Die Unia ist empört, weil Schindler im Vorjahr einen Gewinn von 747 Millionen Franken ausweist. Der Industriekonzern Sulzer will sein Werk in Winterthur schliessen und 90 Leute auf die Strasse stellen. Der überbewertete Franken sei nur ein Teil des Hintergrunds, moniert die Unia: Es gehe auch um Profitmaximierung. Dies zeige die angekündigte Sonderdividende für Aktionärinnen und Aktionäre. | [unia/slt](#)

Nationalrat blind und taub für Kantone

Der Nationalrat hat sich für ein Ladenöffnungszeitengesetz ausgesprochen, mit dem er der Hälfte der Kantone längere Öffnungszeiten aufzwingen will. Das verschlechtert die Arbeitsbedingungen im Verkauf. Im Ständerat wird hoffentlich der Widerstand der Kantone mehr Gehör finden. Diese lehnen die Vorlage ab. Sie wollen sich nicht bevormunden lassen und sehen in einer Ausdehnung der Öffnungszeiten kein Mittel gegen den Einkaufstourismus. | [sgb/slt](#) (Foto: [slt](#))

SGB fordert Secondas und Secondos zur Einbürgerung auf

Den Pass anpassen?

Nach dem Erfolg gegen die Durchsetzungsinitiative ruft der SGB die Secondas und Secondos ohne Schweizer Pass auf, sich jetzt ernsthaft mit einer Einbürgerung auseinanderzusetzen. | Text: SGB (Foto: efenzi/istockphoto.de)

Für all jene, die ohne Schweizer Pass in der Schweiz leben, hätte die Durchsetzungsinitiative eine eigentliche Entrechtung bedeutet. Das ist vom Tisch. Doch auch so ist die Lage ungemütlich. Auch ohne Durchsetzungsinitiative droht Secondas und Secondos mit ausländischer Staatsangehörigkeit im Fall der Fälle neben der strafrechtlichen Verurteilung eine Zusatzstrafe: die Ausweisung in ein Land, das sie womöglich gar nicht kennen. Deshalb fordert der SGB die Betroffenen dazu auf, sich jetzt zum Thema Einbürgerung Gedanken zu machen.

SGB-Präsident Paul Rechsteiner rief die Eltern ohne Schweizer Pass dazu auf, «alles in ihrer Möglichkeit Stehende zu tun, damit ihre Kinder das Schweizer Bürgerrecht erwerben, sobald sie die Voraussetzungen dafür erfüllen». Er forderte die Städte und Gemeinden auf, entsprechende Aktionen durchzuführen. Laut Unia-Präsidentin Vania Alleva

liegt es im ureigenen Interesse einer Demokratie, möglichst die gesamte Bevölkerung als mündige, aktive Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen. Dieser Stärkung der Zivilgesellschaft stünden allerdings die strengen Einbürgerungsregeln und unterschiedliche Verfahren entgegen.

Für Manuel Avallone, Vize-Präsident der Gewerkschaft SEV, ist Integration keine Einbahnstrasse. Sie benötige zwei Partner: Die Immigrierten und die Schweizerinnen und Schweizer. Letztere sollten nicht möglichst viele Hindernisse aufbauen, sondern die Voraussetzungen schaffen für eine optimale Integration. Obwohl er von der offiziellen Schweiz nie das Gefühl erhalten habe, dazuzugehören, wolle er sich jetzt einbürgern lassen. «Ich bin nicht mehr bereit, wegen meiner Nationalität als Manipuliermasse der fremdenfeindlichen SVP-Politik zu dienen», sagte Avallone.



Anpassung um jeden Preis,
um aus dem Schussfeld
zu geraten?

Kommentar Gegen die Spaltung der Arbeiterschaft



Angesichts fortschreitender Entrechtung der Migrationsbevölkerung – unter anderem als «pfefferscharfe Umsetzung der Ausschaffungsin-

itiative» – und einer weiterhin bedenklichen Stimmung im Land, ist der SGB-Aufruf zur Einbürgerung nachvollziehbar. Als Privatperson würde ich jedem hier aufgewachsenen Menschen raten, den Schritt zu tun. Ja, es schadet unserem Land, dass Männern und Frauen, die offensichtlich zu uns gehören, grundlegende Rechte vorenthalten werden. Und auch aus Gründen des Selbstschutzes ist eine Einbürgerung sinnvoll.

Politisch führt eine solche Empfehlung allerdings nicht besonders weit. 2012 hat die

Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen geschätzt, dass 900 000 hiesige «Ausländerinnen» und «Ausländer» die Anforderungen für eine Einbürgerung erfüllen. Sollen die sich möglichst schnell unter den Schutzmantel des Bürgerrechts retten, während die anderen – mehr als 1 Million Menschen mit Migrationshintergrund – umso mehr vor der nächsten Volksinitiative zittern?

Den Secondas und Secondos, die ich kenne, traue ich zu, dass sie selbst am besten wissen, ob sie den roten Pass anstreben oder nicht. Einige haben dies bereits getan, andere tun es aus guten Gründen nicht. Viele finden es eine Zumutung, einen Einbürgerungsantrag in einem Land zu stellen, in dem sie zu Hause sind. Sie haben sich hier nie fremd gefühlt, sprechen den lokalen Dialekt, und nun sollen womöglich ehemalige Schulspäänli darüber entscheiden, ob sie dazugehören oder nicht?

Auch wenn es verführerisch erscheinen mag, die «Ausländerquote» durch Einbürgerung zu reduzieren: Fremdenfeindlichkeit wird damit nicht aus der Welt und aus der Schweiz geschafft. Viele glauben immer noch, dass Migration unser grösstes Problem sei. Die kulturelle und ökonomische Bereicherung, die mit Zuwanderung verbunden ist, sehen sie nicht. Hier gilt es anzusetzen. Der SGB-Kongress hat 2014 eine Kampagne mit dem Titel «Nur zusammen sind wir die Gewerkschaftsbewegung: Nein zur Fremdenfeindlichkeit!» beschlossen. Bis jetzt steht deren Umsetzung aus. Der gut gemeinte Ratschlag «Bürgert euch schnell mal ein» kann eine breit angelegte positive Kampagne gegen Fremdenfeindlichkeit und gegen die Spaltung der Arbeiterschaft nicht ersetzen. | Johannes Gruber, VPOD-Fachsekretär Migration

Lohndiskriminierung nach Geschlecht: Das grosse Warten auf den Bundesrat

Niemandes Wille...

Die Vernehmlassung zur Revision des Gleichstellungsgesetzes ist zu Ende. Erfreulich viele unterstützen die Stossrichtung des Bundesrats oder wollen, wie der SGB, schärfere Massnahmen. Einige Arbeitgeber leugnen derweil das Problem. | Text: Regula Bühlmann, SGB-Gleichstellungssekretärin (Foto: msheldon83/iStockphoto.com)



Ja sind wir im Wald hier? Dass Männer immer noch mehr verdienen als Frauen, liegt auch an unterschweligen Normen.

Die Arbeitgeber wehren sich nach wie vor mit Händen und Füssen gegen die vorgeschlagenen Massnahmen für die Lohngleichheit – auch wenn diese noch so zahm sind. Sie würden ja alles freiwillig und selber machen. Sie seien ja keine Sexisten. Und: Lohndiskriminierung gebe es nicht – alles nur ein Messfehler.

Eine verengte Sicht

Ach ja? Richtig ist: Unschärfen gibt es bei allen statistischen Messungen. Der emeritierte Lausanner Soziologie-Professor René Levy kritisierte kürzlich (*Kontrapunkt*, 4. März 2016) die Konzentration der öffentlichen Aufmerksamkeit auf das dezimalstellengenaue Ausmass von Lohndiskriminierung als «Sichtverengung». Diese Fokussierung verführe dazu, «Diskriminierung auf ihre subjektive und individuelle Seite zu reduzieren – als gäbe es Lohndiskriminierung nur, wenn sie aus einem klar formulierten Dis-

kriminierungswillen identifizierbarer Einzelpersonen resultiert».

Levy hat Recht. Die Diskussion über Messgenauigkeit und Diskriminierungswillen einzelner verdeckt, dass Lohndiskriminierung ein gewichtiger Aspekt eines gesellschaftlichen Problems ist. Lohndiskriminierung geschieht häufig nicht absichtlich, sondern aufgrund gesellschaftlicher Erwartungshaltungen, die Frauen und ihrer Arbeit einen geringeren Wert zugehen – und zwar unabhängig von der Produktivität. So haben Murphy und Oesch 2016 in einer im Vereinigten Königreich, in der Schweiz und in Deutschland durchgeführten Untersuchung aufzeigen können, dass mit dem Wandel von Berufen von männertypisch

zu frauentypisch auch eine Absenkung des Lohnes einhergeht. Die Lohnunterschiede zwischen männlich und weiblich dominierten Berufen sind im privaten Sektor doppelt so hoch wie im öffentlichen. Murphy und Oesch sehen zu einem guten Teil gesellschaftliche Normen als Ursache.

Arbeit als Frauenhobby?

Meist stecken also keine bösen Absichten hinter Lohndiskriminierung, sondern schlicht und einfach unterschwellige sexistische Normen, die wir seit der Kindheit eingeimpft bekommen. Dies gilt wohl auch für Marco Taddei vom Schweizerischen Arbeitgeberverband, der in einem Fernsehinterview (*Temps présents*, 18. Februar 2016) befand, dass der niedrigere Lohn von Frauen absolut in Ordnung sei, wenn sie vom Lohn eines Ehemanns oder Partners profitieren und somit angemessen leben könnten. Frauen sind hobbymässig für einen Zusatzverdienst gut: nicht böse gemeint, aber höchst diskriminierend! Genau deshalb müssen wir uns dafür einsetzen, dass Lohndiskriminierung nicht mehr hingenommen wird. Was wir wollen, ist nicht eine kommastellengenaue Bezifferung von Diskriminierung, sondern öffentliche Aufmerksamkeit: Die Wirtschaft und die Unternehmen müssen sich mit Geschlechternormen auseinandersetzen, müssen reagieren, wenn unbewusste Vorurteile zu schmerzhaften Ungleichheiten an der Oberfläche führen. Es braucht staatliche Massnahmen, damit sich

Arbeitgeber Gedanken über ihr Lohngefüge machen und damit Ungleichgewichte korrigiert und auch sanktioniert werden können. Wenn sich die Arbeitgeber gegen dieses Hinschauen wehren, muss sie der Bundesrat in die Pflicht nehmen. Er wird voraussichtlich Ende Jahr darüber entscheiden.

Bis der Bundesrat aktiv wird, können wir uns auf Betriebsebene für die Lohngleichheit einsetzen. Der Movendo-Kurs «Wirksame Lohnkontrollen – jetzt!» am 20. Juni in Bern zeigt, wie es geht. Die Teilnehmenden machen sich vertraut mit Instrumenten auf politischer und betrieblicher Ebene. Und sie lernen Methoden für Lohnkontrollen und Handlungsmöglichkeiten kennen. www.movendo.ch

Der VPOD-Generalsekretär erklärt die Altersvorsorge – Teil 7: Kapitalbezug oder Rente?

Geld oder Leben? Leben!

Kapital oder Rente? Diese Frage stellen sich viele, die sich auf ihre Pensionierung vorbereiten. Der Bundesrat beabsichtigt, die Möglichkeiten zum Kapitalbezug einzuschränken. Zu Recht, findet der VPOD. | Text: Stefan Giger, VPOD-Generalsekretär (Foto: olly/fotolia.de)

Es hört sich verlockend an: bei der Pensionierung auf einen Schlag sein Alterskapital ausgehändigt bekommen. Oftmals sind das mehrere Hunderttausend Franken. Ein so prall gefülltes Bankkonto hat man vorher sein Leben lang nicht gehabt. Aber dieses gute Gefühl reicht als Argument für den Kapitalbezug natürlich nicht aus.

Aktien – aber welche?

Danach kommt nämlich zuerst einmal eine Steuerrechnung. Und die ist umso saftiger, je mehr Kapital ausbezahlt wird. Das zweite Problem ist das grössere: Was mache ich jetzt mit dem vielen Geld? Auf einem gewöhnlichen Bankkonto gibt's heutzutage kaum noch einen nennenswerten Zins. Zudem: Wie sicher bin ich denn, dass meine Bank nicht pleitegeht – wie seinerzeit beispielsweise die Spar- und Leihkasse Thun? Also Aktien kaufen? Welche denn? Wer sich vor Jahren für vermeintlich todsichere Aktien der nationalen Fluggesellschaft entschieden hatte («Swissair wird es immer geben»), wurde bitter enttäuscht. Wer Kapital bezieht, kommt in die Rolle des Kapitalverwalters. Kann ich das wirklich besser als meine Pensionskasse? Selbst wenn es gelingt, das Geld renditeträchtig anzulegen, bleibt doch die Frage: Was, wenn ich einen Hirnschlag erleide? Wenn ich an Alzheimer erkrankte oder einfach ein wenig dement werde? Wenn ich mit 80 Jahren auf einen Enkeltrickbetrüger hereinfalle, weil ich vergessen haben werde, wie viele Enkel ich habe und wie die alle heissen? Selbst wenn ich es schaffe, wie Helmut Schmidt bis ins höchste Alter fit zu bleiben und auch meine Geldgeschäfte weiterhin gut zu betreiben, so bleibt doch eine Unwägbarkeit: Wie lange lebe ich denn überhaupt?

Was, wenn ich sehr alt werde?

Teile ich meinen Kapitalverzehr auf 20 Jahre Lebenserwartung auf und verbrauche jedes Jahr einen Zwanzigstel meines Kapitals? Gut und schön, aber wenn ich 20 Jahre später immer noch am Leben bin, habe ich ein Problem... Die Erfahrung zeigt: Viele Pensionierte, die Kapitalbezug wählen, getrauen sich nicht, ihr Alterskapital aufzubauchen. Manche tasten es kaum an, leben praktisch von der AHV und gönnen sich nichts. Wenn sie dann gestorben sind, stellen die Angehörigen überrascht fest, dass da noch Hunderttausende auf einem Bankkonto liegen. Die Pensionskasse hat es einfacher. Sie geht von einer durchschnittlichen Lebenserwartung aus: zum Beispiel 20 Jahre für einen 65-jährigen Mann. Werde ich, wie Helmut Schmidt, 96 Jahre alt, kommt die Rente trotzdem Monat für Monat – sofern ich die Rente statt den Kapitalbezug gewählt habe. Sterbe ich hingegen kurz nach der Pensionierung, so finanziert das die Renten der Langlebigen.

Die Altersvorsorge hat zur Aufgabe, den Pensionierten ein – mindestens in finanzieller Hinsicht – sorgenfreies Leben zu ermöglichen.



Deal or No Deal? Es ist viel besser, bei der Pensionierung die Rente zu wählen. Dann muss sich die Kasse um alles kümmern, auch wenn wir 100 werden.

Deshalb sollen AHV und Pensionskasse jeden Monat eine Rente ausrichten, welche zusammen die bisherige Lebenshaltung decken – so ist es sinngemäss in der Bundesverfassung festgeschrieben. Daher lautet die Empfehlung: Wähle die Rente, verzichte auf den Kapitalbezug! Überlass vom Augenblick der Pensionierung an alle Sorgen um Anlage, Verzinsung und Lebenserwartung deiner Pensionskasse! Geniesse du dein Leben und widme dich anderen, schöneren Dingen!

Sozialpolitische Überlegungen

Aus Sicht der Pensionskasse ist es natürlich bequemer, wenn die Pensionierten das Kapital beziehen. Sie übernehmen damit auch das Anlagerisiko. Manche Kassen ermuntern ihre Versicherten deshalb sogar zum Kapitalbezug. Wo andere Kassen diesen einschränken, tun sie es nicht aus Eigeninteresse, sondern aus sozialpolitischen Gründen. Es kann nicht Sinn einer Sozialversicherung sein, dass die einen übermässig sparen und die anderen ihr Geld in wenigen Jahren verjubeln und dann von Ergänzungsleistungen abhängig werden. Aus den gleichen Überlegungen beabsichtigt auch der Bundesrat, die Kapitalbezugsmöglichkeit gesetzlich einzuschränken. In Bezug auf das BVG-Minimum soll sie ganz abgeschafft werden. Dies wäre aus sozialpolitischer und gewerkschaftlicher Sicht richtig.

überm. Dreiklang verm. Septakkord C-dur + E-dur f-moll + G-dur C-dur + Fis-dur Quarten-Akkord

Dissonanzen (beim Musikschulgesetz im Zürcher Rathaus).

Differenzen (übers Sparen an der ETH).



dürfen. Für Schäden aus allfälliger Misswirtschaft soll dann der Staat geradestehen. Dem Personal drohen mit der überflüssigen Übung Unsicherheit und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. | *vpod*

Missklänge im Zürcher Rathaus

Über 100 Musiklehrpersonen sangen vor dem Zürcher Rathaus ein Ständchen: «Mir wänd kei Bildigsguetschii haa, mir bruuched jetzt es Gsetz.» Leider ohne Erfolg: Die bürgerliche Kantonsratsmehrheit verweigerte das Eintreten auf die Vorlage. Der Musikschulunterricht bleibt so ohne die dringend nötige gesetzliche Verankerung. Die herbe Dissonanz im Zürcher Kantonsrat kann daher unmöglich der Schlussakkord sein. | *slt* (Illustration: Wikipedia)

Unternehmenssteuer: Schiffbruch in der Waadt

Das Referendum des VPOD gegen die Unternehmenssteuerreform im Kanton Waadt war ein Misserfolg. Die Zustimmung zur Vorlage aus dem Haus von SP-Staatsrat Pierre-Yves Maillard betrug 87 Prozent. Die Folge werden dramatische Steuerausfälle sein: Die Gewinnsteuern für alle Unternehmen werden in der Waadt um fast 8 Prozentpunkte auf 13,8 Prozent gesenkt. Wahrscheinlich kam das Paket an der Urne durch, weil es geschickt mit einigem sozialem Schlagrahm garniert war. An den voraussichtlich katastrophalen Folgen für die Staatskasse ändert das nichts. | *slt*

Basel-Stadt: Runter mit der Arbeitszeit

Basel-Stadt schreibt 432,4 Millionen Franken Überschuss. Umso saurer stossen die Sparmassnahmen auf, die der Grosse Rat fürs Personal vorsieht: Abbau beim Dienstaltersgeschenk und bei der Prämie für die Nichtberufsunfallversicherung. Für den VPOD ist klar: Im Gegenzug muss jetzt die längst fällige Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden kommen. | *vpod/slt*

Baselland: Personal will Kürzung nicht schlucken

Die auf 1. Januar – und unter Missachtung der (Änderungs-)Kündigungsfrist – in Kraft gesetzte Lohnkürzung im Kanton Baselland wird vom Personal nicht einfach so geschluckt. Dem Aufruf des VPOD, beim Regierungsrat Beschwerde einzureichen, sind 1400 Personen gefolgt, darunter viele Lehrpersonen, aber auch Polizei- und Verwaltungsangestellte. | *slt*

Zürich: Psychiatrie muss öffentlich bleiben

Als unverantwortliches Abenteuer und einen Angriff auf die Demokratie sieht der VPOD die Absicht des Zürcher Regierungsrats an, die Psychiatrische Universitätsklinik (PUK) auszulagern. Nach Vorstellungen der Regierung soll ein Spitalrat über Bauten und hohe Mittel aus dem Volksvermögen verfügen und nach Belieben Geschäfte machen

ETH kürzt beim Personal – inakzeptabel!

Der ETH-Rat, durch die Kürzungen des Bundesrats zum Handeln gezwungen, weiss nichts Gescheiteres, als den Rotstift beim Personal anzusetzen. Er informiert die Sozialpartner ohne Einbezug bereits jetzt über das «Verhandlungsergebnis» der «Lohnrunde»: Die individuelle Lohnsteuerung wird von 1,2 auf 0,6 Prozent gesenkt. Für den VPOD ist dieses Vorgehen inakzeptabel: Wenn der Bund weniger Geld zur Verfügung stellt, muss die ETH zeigen, dass damit eben auch weniger geforscht werden kann. | *vpod* (Foto: Africa Studio/fotolia.de)

Paracelsus: Ein Spital am Abgrund

Der Namensgeber würde sich im Grab umdrehen: Mit dem Paracelsus-Spital Richterswil geht es bergab. Seit der Übernahme der Aktienmehrheit durch die kommerzielle NSN Medical wird die Anthroposophie, für die das Haus bekannt ist, immer weiter in den Hintergrund gedrängt. Die neue, auf Chirurgie setzende Strategie ging aber nicht auf, die Patientenzahlen sinken. Das hat auch beim Personal Folgen: Letztes Jahr wurden drei Dutzend Angestellte auf die Strasse gestellt; in den Tagen direkt vor Ostern erhielten weitere 11 die Kündigung – mit sofortiger Freistellung. Der VPOD verurteilt die Machenschaften der Direktion. Nachdem sie das Spital mit Fehlentscheiden an den finanziellen Abgrund geführt haben, lässt sie jetzt das Personal bluten. | *slt*

Bern: Insel mit an Bord

Für die Berner GAV-Spitäler haben der VPOD und die anderen Verbände eine Steigerung der Lohnsumme von 0,9 Prozent ausgehandelt. Seit Anfang Jahr ist zudem der GAV mit der Insel-Gruppe in Kraft; auch hier wurde die Schichtzulage angehoben, der Kreis der Berechtigten ausgedehnt. Die Lohnsumme steigt sogar um 1 Prozent. Belastet waren die Verhandlungen durch einen Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts. Wegen der Senkung der Tarife für ambulante Behandlungen entgehen den öffentlichen Spitälern rund 120 Millionen Franken. Die müssen nun kompensiert werden. | *vpod*

Vor 100 Jahren: «2. Zimmerwalder Konferenz» in Kiental im Berner Oberland

Zauberberg des Sozialismus

Die erste Konferenz hatte 1915 in Zimmerwald, vor den Toren Berns, stattgefunden. Ein halbes Jahr später, Ende April 1916, trafen sich sozialistische Kriegsgegner erneut, diesmal in Kiental im Oberland. Kriegsgeschrei überrannte ihren Appell zum Frieden. | Text: Christoph Schlatter (Foto: Vladimir Minkevich/Keystone)

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs fiel eine zentrale Säule der sozialistischen Bewegung: Der internationale Zusammenhalt wurde in fast allen Arbeiterparteien in fast allen Ländern den nationalen Interessen geopfert. Überall stimmten die Sozialdemokraten grossmehrheitlich für die jeweiligen Kriegskredite und scheuchten damit ihre Genossen in das grosse Völkermorden, das zu verhindern sie noch kurz zuvor, auf der Basler Friedenskonferenz von 1912, geschworen hatten.

6 Franken pro Tag (Vollpension)

Es war eine Minderheit der Sozialdemokratie, die sich gegen diesen chauvinistischen Kurs stemmte. Und es brauchte – unter den Bedingungen der Zensur und der eingeschränkten Reisemöglichkeiten des Kriegs – einige Zeit, bis sie sich über die Grenzen hinweg fanden. Im September 1915 trafen sich vor den Toren Berns zur Zimmerwalder Konferenz (siehe *VPOD-Magazin*, September 2015, Dossier) unter anderen Lenin, Trotzki, Angelica Balabanova, der Deutsche Ledebour, der Franzose Merrheim, der Italiener Morgari. Treibende Kraft war indes Robert Grimm, der als Redaktor der *Berner Tagwacht* international gut vernetzt und bekannt war.

Nur schon die Tatsache, dass sich Exponenten dieser in blutigen Krieg verbissenen Nationen zusammenfanden und miteinander erörterten, wie Europa aus der Katastrophe herausfinden könne, machte Eindruck. Das Zimmerwalder Manifest fand in teilweise legalen, meist aber illegalen Druckschriften in vielen Ländern Verbreitung. Auch der Schweizer SP-Parteitag stellte sich hinter seine Forderungen. In einer Folgekonferenz sollten sie bekräftigt und konkretisiert werden: In der Tat fand im April 1916 die «2. Zimmerwalder Konferenz» statt, und zwar in Kiental im Kandertal. Das Hotel «Bären» verrechnete 6 Franken pro Gast und Tag – Vollpension.

Die Gruppe um Lenin blieb auch hier in der Minderheit. Sie drängte darauf, den nationalen Krieg in einen Bürgerkrieg und in eine sozialistische Revolution zu überführen. Die Mehrheit der Teilnehmenden sah diese Perspektive nicht. Die Forderung zum sofortigen – reparations- und annexionslosen – Abbruch des Kriegs war auch in Kiental der gemeinsame Nenner. Das lässt sich dem Manifest entnehmen, aber auch dem Protokoll, das die polyglotte Balabanova und der spätere erste Schweizer SP-Bundesrat, Ernst Nobs, gemeinsam verfassten.

Wer hat's gespalten?

Zwar stilisierte Lenin Zimmerwald und Kiental nachträglich zur Wiege seiner bolschewistischen Revolution. In der Sichtweise des Westens sind die Konferenzen Ausgangspunkt der Spaltung der Arbeiterbewegung. Beide Deutungen werden der Tatsache nicht gerecht, dass die 38 «Zimmerwalder» und die 44 «Kientaler» sich

bemühten, den Fliehkräften entgegenzuwirken, denen die Sozialdemokratie seit 1914 ausgesetzt war. Weil sie ein Versuch sind, die Ideale der Arbeiterbewegung zu retten und den entsetzlichen Krieg zu beenden, haben die Konferenzen bleibende Bedeutung. Und auch deshalb, weil sich in Kiental einmal mehr die Wege von Lenin und von Fritz Platten kreuzten. Vielleicht sprachen die beiden ja bereits damals im «Bären» über jene Eisenbahnreise, die Platten dann tatsächlich organisierte und die Lenin 1917 nach Russland zurückbrachte. Der Rest ist bekannt.

Der «Bären» in Kiental wird noch heute als Hotel geführt. Im Gegensatz zu Zimmerwald, wo das «Lenin-Haus» einer Bushaltestelle geopfert wurde, verbirgt man in Kiental die Geschichte nicht. Das Hotel kokettiert sogar ein wenig mit der Tatsache, dass Lenin anno 1916 im Gebäude übernachtet hat – und zwar nicht allein und auch nicht mit Gattin Krupskaja, sondern mit der Geliebten Inessa Armand. 2016 bietet der «Bären» Jubiläumsveranstaltungen Raum, welche die rührige Robert-Grimm-Gesellschaft organisiert: einer Tagung («Mut zum Frieden») und der Ausstellung «100 Jahre Kientaler Friedenskonferenz: Grimm und Lenin in Kiental», deren Vernissage präzise 100 Jahre nach dem damaligen Tagungsauftritt stattfindet: am 24. April 2016. www.robertgrimm.ch



Foto des Kientaler Hotels «Bären» – Ausstellungsobjekt im Moskauer Lenin-Museum in den 1970er Jahren.

Entlassung eines Busfahrers

Die Gewerkschaft SEV meldet den Fall eines Busfahrers, der – fahruntauglich geworden – nach 9½ Dienstjahren im Alter von 62 Jahren entlassen wurde. Eine ärztliche Untersuchung hatte dem Mann unbewusste Atemunterbrüche bescheinigt, was zu Sekundenschlaf führen kann und was für die Teilnahme am Strassenverkehr ein zu hohes Risiko wäre. Das Fahrverbot beantworteten die Verkehrsbetriebe Zürichsee und Oberland VZO mit der Kündigung, obwohl der Mann als Dienstplaner oder Instruktor durchaus hätte weiterbeschäftigt werden können. Der SEV strebt eine erneute IV-Beurteilung, zumindest aber eine Frühpensionierung an. Der Fall zeige exemplarisch, dass ältere Fahrerinnen und Fahrer, die aus gesundheitlichen Gründen unverschuldet fahruntauglich werden, in eine Gesetzeslücke fallen. Der SEV will diese Lücke auch auf nationaler Ebene schliessen. | [sev/vpod](#)

«Schlitzer-Inserat» gegen Kosovaren rassistisch

Das Berner Obergericht ist wie die Vorinstanz zum Schluss gekommen, dass ein SVP-Inserat gegen die «Masseneinwanderungsinitiative» die Rassismus-Strafnorm verletzt. Die Zeitungsanzeige mit dem Titel «Kosovaren schlitzen Schweizer auf» stelle eine pauschale Herabwürdigung einer Bevölkerungsgruppe dar. Die verantwortlichen



Dürfte nicht ausreichen: Höfliche Bitte.

SVP-Sekretäre wurden zwar nur zu bedingten Geldstrafen verurteilt. Immerhin aber liess sich das Gericht vom Trick nicht irreführen, der durch Kleingedrucktes den Bezug auf einen konkreten Fall in Interlaken herstellte (ein Schweizer war von einem Kosovaren mit dem Messer verletzt worden). Die grosse Schlagzeile, verbunden mit der Illustration, liess nur eine Lesart zu: den Bezug der Aussage auf die gesamte Gruppe. Dass die SVP über «Gesinnungsjustiz» jammert, war zu erwarten. Dass auch die NZZ das Urteil schilt – und sich also für eine Eunuchenjustiz ausspricht, die derartiger Volksverhetzung nichts entgegensetzen hat –, ist bedenklich. | [slt](#) (Foto: [slt](#))

Susi Stühlinger Grosse Fragen

Der Frühling ist da, und das Bundesamt für Gesundheit hat gute Neuigkeiten. Frauen, so darf es vermelden, trinken immer weniger Bier. Volle sechs Prozent habe der weibliche Bierkonsum in den letzten fünf Jahren abgenommen. Ein Grund zur Freude beim Bundesamt für Gesundheit, könnte man meinen, wäre da nicht noch der Umstand, dass der Weinkonsum der entsprechenden Peergroup im gleichen Zeitraum um neun Prozent zugenommen hat. Nun, mögen Sie zu Recht sagen, das allein ist jetzt nicht sonderlich interessant. Bemerkenswert hingegen sind die Recherchen, zu denen sich das morgendliche Qualitätsmedium für Bahnreisende, Online-Kommentatoren und Fans von ganzseitigen Inseraten rechtsnationaler Parteien anlässlich dieser Meldung veranlasst sah. Den Ursachen für die geschilderten Entwicklungen nachgehend, stöberte es eine Fachfrau auf, die prompt die plausible Erklärung lieferte: «Biertrinken», wird die Fachfrau im Blatt zitiert, «ist einfach nicht so sexy.» Auch die detaillierten Ausführungen dazu sollen Ihnen an dieser Stelle nicht vorenthalten werden. Da steht: «Frauen mit einer Bierflasche oder -dose in der Hand hätten etwas Männliches und erinnerten an Bauarbeiter. «Bier aus der Dose ist ganz übel.» Aber auch mit dem Schluck aus dem Glas machen sie keine bessere Figur. «Biergläser sind meist grösser und wuchtiger als Wein- oder Proseccogläser und wirken in Frauenhänden unelegant.» Besonders unpassend sei es, wenn man dabei schön gekleidet sei. Und sie habe schon oft von Männern gehört, dass sie Frauen und Bier als «unpassend» empfänden.» Natürlich ist sich das Qualitätsmedium der Genderfrage bewusst, bemüht sich um eine geschlechterneutrale Berichterstattung und zieht auch noch einen männlichen Experten hinzu: «Frauen, die Bier trinken, sind meist die «Cooleren». Oft sei das, was vom Klischee abweiche, auch interessanter.»

Auf die Gefahr hin, an einen Bauarbeiter zu erinnern, hole ich eine Bierdose aus dem Kühlschrank und denke über diese Zeilen und über allhand anderes nach. Zum Beispiel darüber, was es bedeutet, dass das ganze Internet inklusive Qualitätsmedien für Bahnreisende etcetera gerade inbrünstig «für Belgien» betet, selten aber für Ankara oder für die Zehntausenden von Verfolgten, die mit dem Segen westlicher Demokratien an Europas Grenzen einem despotischen Wahnsinnigen ausgeliefert sind, einem, der nicht zögert, auf seine eigenen Landsleute schiessen zu lassen. Oder darüber, dass gestern ein demokratisch gewählter Kantonsrat am Rednerpult wortwörtlich sagte, man finde sich derzeit «in einem Krieg mit dem Islam» – und dafür von seinen Kollegen zustimmendes Nicken ertete. Darüber, was es heisst, dass Tatsachen wie diese kaum mehr jemanden zu kümmern scheinen, schon gar nicht die auflagenstärksten Zeitungen des Landes.

Aber man muss das Qualitätsmedium auch verstehen. Die Berichterstattung über derartige Fragen ist einfach nicht so sexy. – Dabei wären Artikel, die vom Klischee abweichen, oft wesentlich interessanter. Auch wenn sie von einem Teil der Leserschaft vielleicht als unpassend empfunden würden.



Susi Stühlinger ist Autorin, Schaffhauser Kantonsrätin und Jusstudentin.

Interview mit Erziehungswissenschaftlerin Margrit Stamm über die Verteilung von Sorgearbeit

«Auch Väter leiden unter Unvereinbarkeit»

Das VPOD-Magazin hat mit Margrit Stamm zweierlei erörtert: erstens die wichtigsten Erkenntnisse ihrer neuen Studie über Väter (siehe auch Kasten Seite 12). Und zweitens: was das alles für eine Gewerkschaft wie den VPOD bedeuten könnte. | Text: Christoph Schlatter (Foto: Marco Zanoni)

VPOD-Magazin: Margrit Stamm, Ihre Forschung über die «neuen Väter» zeigt eine Kluft zwischen angestrebten und realisierten Vatermodellen. Väter sollen sich in der Familie engagieren. Gleichzeitig ist der Druck, Haupternährer zu sein, nicht von ihnen abgefallen.

Margrit Stamm: Lassen Sie mich zunächst anmerken, dass sich da in den letzten zwei, drei Jahrzehnten viel bewegt hat. In unserer – punktuellen – Untersuchung ist das weniger ersichtlich, aber Längsschnittstudien, etwa aus den USA, zeigen: Väter machen heute viel mehr mit ihren Kindern als noch in den 1970er Jahren. Ich selber hatte in den 1980er Jahren Kinder – und auch mein Mann hat sich als Vater nicht übermässig profiliert... Doch trotz dieses Wandels entspricht die Art und Weise, wie Vatersein heute gelebt wird, nicht den gesellschaftlichen Idealvorstellungen. Und sie entspricht auch nicht dem, was Väter sich selber wünschen. Sie möchten gern mehr zu Hause sein, allerdings nicht (auch wenn sie das ungern sagen), um beim Putzen und Waschen und Bügeln zu helfen. Sondern um mit den Kindern Zeit zu verbringen.

Und warum tun sie es dann nicht?

Der Hauptgrund ist ein ökonomischer. Wenn ein Paar Kinder bekommt, werden die Finanzen noch stärker als vorher ein Thema. An diesem Punkt wird relevant, dass Frauen häufig weniger verdienen und häufiger in Berufen tätig sind, in denen geringere Löhne bezahlt werden. Die Paare entscheiden sich naheliegenderweise dafür, dass es die Frau ist, die ihr Pensum im grösseren Stil reduziert. Und zwar tun sie das, wie wir herausgefunden haben, gemeinsam. Es sind nicht einfach die Männer, die darauf beharren, voll im Beruf zu bleiben. Sondern es ist das Paar, das im Lichte der gegebenen Situation eine finanziell verkraftbare Lösung wählt. Die besteht sehr häufig im Modell «Vollzeit + Teilzeit». Auch der Wunsch der Mutter, beim Kind zu bleiben, spiegelt sich darin.

«Frauen sind an zurückhaltenden Männern und damit an der Persistenz traditioneller Familienarrangements ebenso beteiligt wie ihre Partner», schreiben Sie. Sind also am Ende die Frauen auch noch selber schuld, wenn es mit der Gleichstellung nicht klappt? Natürlich nicht. Aber wir sollten den Blick auch nicht einseitig auf allfällige Defizite der Männer richten. Das sogenannte Gatekeeping ist noch wenig untersucht, spielt aber unserer Erkenntnis zufolge eine wichtige Rolle: Frauen definieren zu Hause die Standards – wie das Kind zu wickeln ist, wie ihm der Brei gegeben wird, wie es in den Schlaf gesungen wird... Das gilt auch für Haushaltstätigkeiten (das Bad schlierenfrei putzen!). Es ist nicht so, dass das eine absichtliche Strategie der Frauen wäre mit dem Ziel, die Männer auszuschliessen. Aber wo Frauen darauf beharren, dass sie in Erziehungs- und Haushaltfragen kompetenter sind, geraten Männer in den Status eines anleitungsbedürftigen Praktikanten oder – bestenfalls – Juniorpartners. Das behagt vielen nicht, und sie ziehen sich zurück. Ich gebe zu: Auch ich war so eine Türstehermutter. Ich versuchte um jeden Preis zu verhindern, dass mein Mann sich an der Waschmaschine zu schaffen macht, weil ich davon ausging, dass er bestimmt ein blaufärbendes 30-Grad-Teil zur 60-Grad-Wäsche gäbe...

Es geht auch um die Art, wie mit den Kindern kommuniziert und gespielt wird, die ja durchaus geschlechtsspezifisch ist. Väter: eher herausfordernd, Mütter: eher fürsorglich. Man braucht das nicht zu werten...

...und es soll auch nicht aus den Vätern eine schlechtere B-Version der Mütter gemacht werden. Die schiere Anwesenheit ist noch kein Qualitätskriterium, auch wenn wir Mütter des 20. Jahrhunderts häufig daran gemessen und darauf reduziert wurden.

Sie vertreten die Ansicht, dass die väterliche «Leistung» ohnehin grösser ist, als sie heute häufig eingeschätzt wird.

Ich habe erst durch die Beschäftigung mit amerikanischen Studien die Schieflage meiner



eigenen Vorstellungen korrigieren können. Auch in meiner eigenen Partnerschaft hatte ich Mühe, die männlichen Bemühungen etwa in den Bereichen Steuern und Versicherungen oder Autounterhalt als Leistungen zu anerkennen. In allen neueren Forschungen – ausser den radikalfeministischen – werden Beiträge zur Aufrecht- und Instandhaltung und zum Management des Familienlebens als Leistung gewertet. Auch wenn sich der Vater gedanklich mit den Kindern beschäftigt, über den geeigneten Schultyp nachdenkt oder den passenden Sportverein recherchiert, ist das eine Form von Anteilnahme und gehört mit ins Bild.

Ein Wort zu den drei Vaterstypen aus Ihrer Studie (siehe Seite 13): Interessanterweise hat nicht der «egalitäre und begeisterte» Vater das engste, innigste Verhältnis zu seinem Kind, sondern der «traditionelle und ambitionierte». Im Ranking nach Kuscheleinheiten liegt dieser Typus ganz vorne.

Es kann trotz Vollzeitjob mit Überstunden gelingen, in der Familie eine Rolle zu spielen

und eine tiefe Beziehung zum Kind aufzubauen. Teilzeitarbeit für beide mag erwünscht sein, aber neben den erwähnten finanziellen Problemen bestehen weitere Hürden: Die Kultur in gewissen Betrieben lässt männliche Teilzeitarbeit kaum zu. Oder setzt sie mindestens mit dem Verzicht auf jegliche Karriere gleich. Der «egalitäre und begeisterte», also quasi modernste Vätertyp ist derjenige, der dank Teilzeitjob relativ stark zu Hause präsent ist, aber gleichzeitig auch hohe Anforderungen an das Kind stellt. Sein Verhältnis zu diesem ist indes weniger eng.

Vielleicht auch, weil er stärker in die tägliche Dynamik des Grenzen-Setzens und Grenzen-Durchsetzens einbezogen ist. Und nicht hemmungslosem Verwöhnen frönen kann wie eine Oma oder ein Sonntagsvater...

Dass, wer mehr anwesend ist, eben auch mehr an der Vermittlung von Regeln beteiligt ist, ist sicher plausibel. Wir finden bei den engagierten Vätern aber auch Elemente des verbreiteten Optimierungstrebens: Mein Kind soll die allerbeste Schule, die allerbeste Förderung, die allerbesten Chancen überhaupt bekommen... Der dritte Vätertyp, den wir als den «orientierungslosen und distanzierteren» bezeichnen, ist vielleicht der erstaunlichste. Er ist sehr für weibliche Berufstätigkeit und für die Egalität der Geschlechter, aber seinen Kindern steht er merkwürdig fern. Wir denken, dass wir Erklärungen auch im Verhalten der Mütter suchen sollten: Wenn Frauen das heimische Terrain vollkommen besetzt halten, finden Männer dort keine eigene Rolle – aber eine alternative Rolle ist ebenfalls nicht in Sicht.

Lassen Sie uns nun erörtern, was diese Erkenntnisse für die Arbeit der Gewerkschaften bedeuten könnten. Wir haben uns in den letzten Jahrzehnten auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf konzentriert und diese als Frauenthema abgehandelt.

Das ist ja nicht verkehrt. Aber man darf die ökonomischen Aspekte nicht ausser Acht lassen. Wenn Kinder kommen, steigen die Kosten. Wenn jetzt, wie gefordert, tatsächlich mehr Männer in Teilzeitjobs gehen und die Frauen dafür ihre Pensen erhöhen, dann geht die Rechnung in vielen Familien nicht mehr auf, weil Mann und Frau eben nicht gleich

viel verdienen. Hier ist die Gleichstellung noch immer nicht erreicht, und das rächt sich. Zwar werden Mädchen heute dazu erzogen, einen guten Beruf zu erlernen. Aber noch immer geht ihre Sozialisation viel weniger als diejenige der Männer darauf aus, wirtschaftliche Selbstständigkeit anzustreben.

Das gilt schon für die Berufswahl, wo – um es etwas plakativ zu formulieren – Frauen nach Herzenswunsch, Männer eher mit Blick auf Einkommen, Ansehen oder Aufstiegschancen entscheiden.

Und es setzt sich fort im Beruf selbst. Viele Frauen sehen nicht ein, warum sie sich so abrackern sollen. Zu diesem Beissen und Strampeln sind viele nicht bereit. Diese Luft ertragen sie nicht. Mit anderen Worten: Das Vereinbarkeitsproblem kann mit mehr Krippenplätzen und mehr Teilzeitarbeit allenfalls entschärft, aber nicht behoben werden. Zweitens ist es wichtig, dass Vereinbarkeit, wie Sie andeuten, auch als Männerfrage behandelt wird. Auch Männer haben hier ein Problem. Auch Männer vermögen nicht das zu realisieren, was ihnen als gute Balance vorschwebt.

Was ist überhaupt das Ziel? Ist es die egalitäre Verteilung von Berufs- und Sorgearbeit? Oder ist es die selbstbestimmte Verteilung?

Das ist eine sehr gute Frage. Es ist sicher erstrebenswert, dass Paare selber beschliessen können, wie sie sich arrangieren. Unterschiedliche Modelle sollten wertfrei nebeneinander stehen können. Ohne schiefe Blicke auf die Mutter, die mal drei Jahre nur für die Kinder da ist. Ohne Misstrauen gegenüber Vollzeitfrauen oder Teilzeitmännern. Aber weil das alles nicht im luftleeren Raum stattfindet und weil noch

Gemeinsame Verantwortung ist die Regel

Die empirische Studie von Margrit Stamm basiert auf der Befragung von 129 Vätern und 116 Müttern von 2006 und 2007 geborenen Kindern. Sie untersucht die direkten und indirekten Betreuungs- und Sorgeleistungen der Elternteile und deren Einstellung zu Geschlechterrollen. Gefragt wird auch nach dem Zusammenspiel dieser Elemente, also: Sind Männer mit egalitären Rollenbildern tatsächlich in der Familie stärker präsent? Was die Aufteilung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit anbelangt, erreicht das Vater-Vollzeit-Mutter-Teilzeit-Modell derzeit die grösste Verbreitung; fast 60 Prozent der Paare haben sich so arrangiert. Bei 13,4 Prozent der Paare arbeiten beide Teilzeit, bei 6,0 Prozent haben beide einen Vollzeitjob. Das traditionelle Schema – Mutter ohne Erwerb – war bei 15,4 Prozent anzutreffen. Unabhängig vom Modell (auch bei den 2-mal-Vollzeit-Paaren) machen die Frauen mehr im Haushalt, während die Bereiche Entsorgen, Reparieren, Administrieren männliche Domäne sind. Für die kindbezogenen Leistungen überwiegt in fast allen Aufteilungen die gemeinsame Verantwortung. Aus den Parametern entsteht mittels Clusteranalyse eine Väter-Typologie, deren drei Varietäten rechts dargestellt sind. | [s/z](#)

so viel Gleichstellungsarbeit vor uns liegt, geht es trotzdem nicht an, die Paare einfach sich selbst zu überlassen. Der Staat hat aus meiner Sicht die Verpflichtung, Rahmenbedingungen zu schaffen, die unterschiedliche Arrangements möglich machen. Der Mutterschaftsurlaub, wie er heute geregelt ist, genügt hinten und vorne nicht. Von den lächerlichen paar Vaterschaftstagen wollen wir hier gar nicht reden.

Nochmals zur Teilzeitproblematik:

Auch für den VPOD liegt hier keineswegs der Schlüssel zum Paradies. Dahinter versteckt sich ja auch eine Klassenfrage. Die ursprüngliche gewerkschaftliche Forderung ist denn auch eine andere: Arbeitszeitreduktion! Die Existenzsicherung müsste mit einem geringeren Zeitaufwand – 35 Stunden wären ein Ansatz... – möglich sein.

Man versteht mich falsch, wenn man mich als Gegnerin der Teilzeitarbeit darstellen wollte. Ich sehe darin nur nicht die Lösung aller Probleme. Unter anderem genau aus diesem Grund: Es ist eine recht elitäre Diskussion, weil sie nur ein kleines Segment sehr gut ausgebildeter und verdienender Leute betrifft. Die können sich das leisten, mit ihren Pensen zu jonglieren, für andere, die zweimal 4000 Franken verdienen, ist Teilzeit gar keine Option.

Sind wir denn mit Frauenquoten auf dem richtigen Weg? Müssten sie nicht durch Quoten für Leute mit Betreuungspflichten ersetzt werden, unabhängig vom Geschlecht?

Die Entkoppelung von Quote und Geschlecht halte ich für richtig. Ich geniesse Anschauungsunterricht bei meinen männlichen Mitarbeitern. Wo ihre Frauen mit Energie die

Karriere verfolgen, zum Beispiel als Medizinerin, sind es die Männer, die sich kümmern, wenn das Kind krank ist oder zum Zahnarzt muss. Mit dem Effekt, dass ihre wissenschaftliche Arbeit nur langsam vorankommt. Es gibt aber meines Wissens beim Nationalfonds kein Förderprogramm für Männer mit Familienpflichten. Wenn unsere Gesellschaft sich weiterentwickeln soll, dann müssen wir genau solche Dinge in Betracht ziehen. Ausser wir wären der Ansicht, dass die Männer nach 10 000 Jahren am Drücker jetzt auch mal ein wenig untendurch sollen. Was mir wenig zukunftsfruchtig erscheint...

Erschwerend kommt hinzu, dass man heutzutage die Kinder nicht mehr mit 22 hat. Sondern mit Mitte 30 – genau dann, wenn auch die wichtigsten Schritte in der beruflichen Laufbahn zu tun sind.

Wir haben soeben auch eine Studie über die Potenziale von Neupensionierten abgeschlossen. Das Ergebnis: Hier liegen viele Talente brach. Viele Rentnerinnen und Rentner werden nach ein, zwei Jahren, in denen sie die Schweiz abgewandert und die Welt bereist haben, von Langeweile befallen. Auch wenn sie es nicht zugeben. Darüber und über die gleichzeitige Überlastung in der Rushhour des Lebens, wo Kinder- und Karrierestress sich kumulieren, sollten wir nachdenken. Und überlegen, in welcher Weise die Älteren eingebunden und die Jüngeren entlastet werden können.

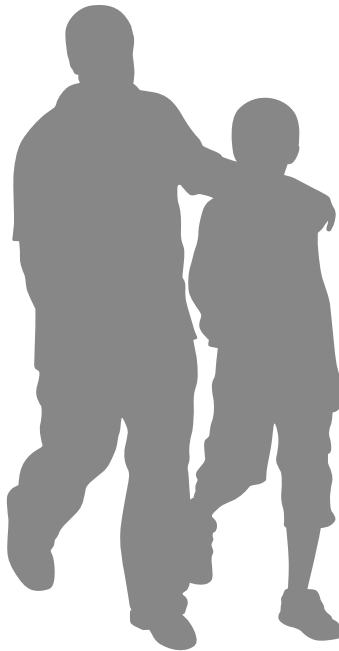
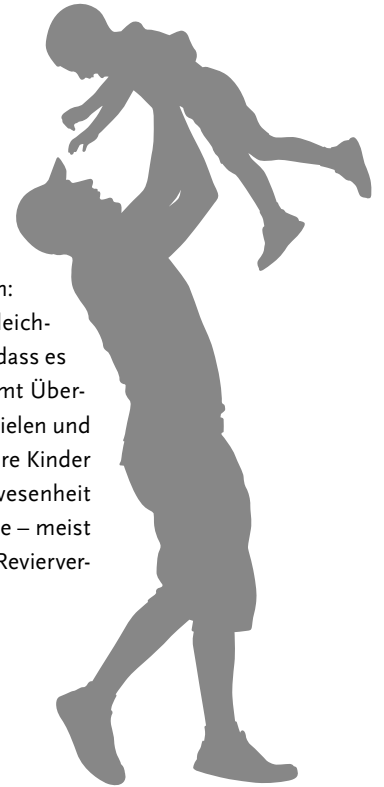
Sie sehen mich die Stirn runzeln. Aus zwei Gründen: Sind nicht die «jungen Alten» eh schon engagiert? Zigtausend Grosseitern sind in die Betreuung ihrer Enkel fix eingespannt.

Mit Entzerrung der Rushhour meine ich auch, dass in der intensiven Phase mehr Möglichkeiten geschaffen werden, sich der Familie zuzuwenden. Das muss nicht alles zwingend über Fremdbetreuung laufen. Gleichzeitig muss es auch möglich werden, in der Lebensmitte nochmals über die Bücher zu gehen, eine berufliche Neuorientierung vorzunehmen, ein ehrenamtliches oder kulturelles Engagement anzupacken... Und dieses neue Projekt muss nicht zwingend mit Alter 64 oder 65 abrupt zu Ende gehen.

Hier liegt der zweite Grund für meine Sorgenfalten: Eine Erhöhung des Rentenalters

Vater 1: Traditionell und ambitioniert

In ihrer Einstellung sind diese Väter die altmodischsten: Sie finden nicht, dass Familien- und Erwerbsarbeit gleichmässig aufgeteilt werden müssen. Es mag erstaunen, dass es diese Väter sind, die – trotz beruflicher Belastung samt Überstunden im Büro – am häufigsten mit ihren Kindern spielen und kuscheln. Sie bringen sich als Väter ein und sind für ihre Kinder da – was sich nicht ausschliesslich in physischer Anwesenheit ausdrückt. Im Vergleich namentlich zu Typ 3 sind diese – meist beruflich hochqualifizierten – Väter weniger mit dem «Reviervorhalten» von Müttern konfrontiert.

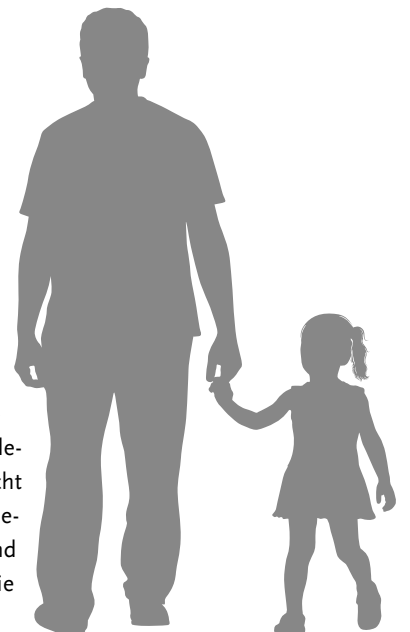


Vater 2: Egalitär und begeistert

Dieser Vätertyp entspricht am ehesten dem in Illustrierten und TV-Sendungen propagierten «neuen Vater». Kinderhaben ist für diese Männer eine Freude – und sie sind nicht der Meinung, dass die Frauen deswegen ihre Berufstätigkeit reduzieren müssen. Zwar haben sie, wie die Väter des Typs 1, eine starke emotionale Bindung zum Kind, aber die Anteile von Spiel, Lektüre und Kuscheln sind geringer, jene von (Hausaufgaben-)Kontrolle grösser. Auch die Partnerinnen begrüssen das erzieherische Engagement dieser Väter. Es handelt sich meist um etwas ältere Väter mit mittleren Berufsqualifikationen.

Vater 3: Orientierungslos und distanziert

Obwohl sie zu Geschlechterfragen sehr moderne Ansichten haben, ist das Engagement dieser Väter für ihre Kinder bescheiden. Vatersein empfinden sie kaum als Bereicherung, und in allen abgefragten Punkten, von körperlicher und emotionaler Nähe bis zu Spiel und Hausaufgaben stehen sie ihren Kindern deutlich ferner als die Typen 1 und 2. Sie lehnen zwar die Rolle des Ernährers ab, finden aber offensichtlich auch in keine andere. Das alte Vaterbild scheint verloren, ein neues ist nicht an dessen Stelle getreten, vielleicht auch, weil die Partnerin ihre Domäne verteidigt. Die Väter dieser Gruppe sind von allen die jüngsten, in Bezug auf die Berufe sind sie die am weitesten streuende Gruppe.



Die Lücke in der Care-Arbeit muss geschlossen werden – und zwar ohne zusätzliche Ausbeutung

Sonst kracht's

Pflege und Betreuung sind je länger je weniger gesichert. Prekäre Jobs nehmen zu. Deshalb muss der Staat hier mehr investieren. Und die Männer auch. | Text: Regula Bühlmann und Luca Cirigliano, SGB

liegt für uns Gewerkschaften so ziemlich in der Mitte des Schmerzzentrums.

Das ist mir absolut klar; ich verstehe Ihre Vorbehalte. Ich spreche nicht von einseitigen Massnahmen, sondern von einer anderen Verteilung von erwerbsbefreierter Zeit auf die Lebensspanne. Mit den zusätzlichen Jahren, die uns heute geschenkt sind – bei der Pensionierung liegen 20 bis 25 gesunde Jahre vor uns –, stimmt unser heutiges Gesellschaftsmodell einfach nicht mehr überein. Da müssen wir neue Denkansätze wagen. Auch wenn ich Ihnen recht gebe: Natürlich macht es einen Unterschied, ob Sie Migroskassierin oder Bauarbeiter sind oder ob Sie einer Tätigkeit mit geringer körperlicher Belastung nachgehen, bei der Sie sich auch inhaltlich einbringen können.

Wir müssen auch daran denken, dass nicht nur der Nachwuchs, sondern auch die ältere Generation Betreuung erfordert.

Richtig. Und diese unbezahlte Betreuungsarbeit wird heute zum überwiegenden Teil von Frauen geleistet. Von Töchtern und Schwiegertöchtern. Es ist wichtig, auch diesen Aspekt bei der Debatte über Care-Arbeit vor Augen zu haben.

Ihre Worte scheinen mir in ein Plädoyer dafür zu münden, die Freizeit nicht am Lebensende aufzuhäufen. Sondern sie auch in der Lebensmitte zu nutzen. Eine Art vorgezogene AHV, ein bedingungsloses Grundeinkommen auf Zeit?

Heute kommen nach je ein paar Jahren Spielen, Schule und Ausbildung 40 oder 45 Arbeitsjahre ohne Punkt und Komma – und dann geht's schlagartig von hundert auf null. Das halte ich nicht für ideal. Am einen Ort ist zu viel, am andern viel zu wenig Zeit. Über eine Korrektur möchte ich nachdenken. Ich weiss nicht, ob wir das hinbekommen. Es wird jedenfalls nicht einfach, weil viele – und teilweise auch legitime – Vorbehalte zu bedenken und Widerstände zu lösen sind.

Obwohl immer mehr Frauen erwerbstätig sind, leisten Frauen auch heute noch einen Grossteil der unbezahlten Arbeit – Pflege- und Betreuungsleistungen nicht nur für Kinder, sondern auch für ältere und kranke Angehörige. Diese Arbeit, unter dem Begriff *Care* zusammengefasst, ist ein blinder Fleck in der Ökonomie. Solange sie gratis geleistet wird, taucht sie in den Wirtschaftsstatistiken nicht auf. Kommt dazu, dass die Care-Arbeit der allgegenwärtigen Effizienzlogik nicht gehorcht: Wir können zwar immer schneller Autos produzieren, aber nicht effizienter Kinder trösten oder Kranke pflegen.

Ins Private abgedrängt

Frauen sind heute jedoch nicht mehr bedingungslos bereit, diese Arbeit zu übernehmen und das finanzielle Risiko zu schultern. Während unsere Lebenserwartung steigt und die Care-Arbeit an Bedeutung zunimmt, verzichten je länger je weniger Frauen auf einen eigenen Lohn und auf finanzielle Absicherung, um sogenannte Liebesarbeit zu leisten. Und Männer übernehmen nicht in dem Mass *mehr* unbezahlte Arbeit, wie Frauen zusätzlich *bezahlte* übernehmen. In der Versorgung von Kindern und Pflegebedürftigen ist so eine Lücke entstanden. Sie wird grösser werden, wenn wir nicht Gegensteuer geben. Institutionen wie Kitas, Spitäler und die Spitex können die Lücke schon jetzt nicht mehr schliessen. Gerade die Pflege älterer und kranker Menschen wird unter dem Spardruck zunehmend wieder ins Private abgedrängt.

In die Bresche springen wiederum Frauen: Care-Migrantinnen lassen ihre eigenen Familien zurück, um sich hier unter prekären Arbeitsbedingungen und zu einem miserablen Lohn rund um die Uhr um «fremde Angehörige» zu kümmern. Schwarzarbeit ist an der Tagesordnung, Privatsphäre und Freizeit sind in solchen Arrangements meist Fremdwörter. Obwohl die Schweiz das Übereinkommen 189 der Internationalen Arbeits-

organisation ILO «Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte» ratifiziert hat und der Bundesrat Handlungsbedarf eingesteht, ist die Care-Arbeit gegen Bezahlung immer noch nicht dem Arbeitsgesetz unterstellt. Dadurch fehlt den Care-Angestellten ein effektiver Schutz ihrer Gesundheit und ihrer persönlichen Integrität.

Beträchtliche Gefahr

Bei entlohnter Care-Arbeit ist die Gefahr von Ausbeutung, Gewalt, Sozial- und Lohndumping beträchtlich. Deshalb verlangt das Übereinkommen 189 der ILO, dass Hausangestellte arbeits- und sozialrechtlich den übrigen Angestellten gleichgestellt werden. Verbesserungen seien vor allem punkto Arbeitszeit, soziale Sicherheit und Arbeitsbedingungen nötig: Minimalstandards für Arbeitssicherheit und für psychischen und physischen Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Insbesondere müssen die weiblichen Care-Angestellten vor (sexuellem) Missbrauch, Belästigung und Gewalt geschützt werden. In der Schweiz sind diese Erfordernisse trotz Ratifikation des Übereinkommens noch nicht genügend implementiert: So können Arbeitsinspektorate keine Besuche am Arbeitsplatz von Care-Angestellten in den Haushalten machen.

Umverteilung dringend

Die Schweiz muss sich darüber klar werden, dass Care-Arbeit keine private Angelegenheit ist, sondern eine gesellschaftlich notwendige Aufgabe, ohne welche die Wirtschaft zusammenkracht. Wir brauchen also dringend eine Umverteilung: Die Allgemeinheit muss Verantwortung übernehmen und Ressourcen investieren – in Kinderbetreuungsplätze und Pflegeeinrichtungen, aber auch in die Versorgung zu Hause. Gezielte Arbeits- und Ruhezeiten sowie existenzsichernde Mindestlöhne sind zwingend. Den Rest müssen Frauen und Männer fair unter sich aufteilen.

Das Basler Netzwerk Respekt@VPOD soll auf weitere Regionen ausgedehnt werden

Die Daheimangestellten

Das Basler Netzwerk Respekt@VPOD betreut Care-Migrantinnen und geht wenn nötig auch gerichtlich gegen ausbeuterische Arbeitgeber vor. Mit einigem Erfolg. Jetzt plant der VPOD die Ausweitung auf weitere Regionen.

| Text: Elvira Wiegers, VPOD-Zentralsekretärin (Foto: Kay Fochtmann/photocase.de)

Bis heute verhindern handfeste politische und wirtschaftliche Interessen eine ganzheitliche Betrachtung und Steuerung des schweizerischen Gesundheitswesens. Obwohl Vergleiche mit dem Ausland belegen, dass Wettbewerb und Privatisierung die Probleme weder lösen noch eine dauerhafte Kostensenkung bewirken, fehlt der Wille, nachhaltige Alternativen zu erarbeiten. Die Folgen: Es mangelt zunehmend an Fachkräften. Und es fehlen zeitgemässe Angebote in der Langzeitpflege.

Immer häufiger sind es deshalb Privatpersonen, welche die Initiative ergreifen und im eigenen Zuhause Pflegerinnen einstellen. Die Privathaushalte sind nicht dem Arbeitsgesetz unterstellt, und so arbeiten die Care-Arbeiterinnen mitten unter uns in teilweise sklavenähnlichen Verhältnissen und fast immer zu miesen Löhnen. Tatsache ist: Mit einer fairen Entlohnung und fairen Arbeitsbedingungen ist die private 24-Stunden-Pflege zu Hause mit einer Person nicht machbar – und mit mehreren Personen nicht bezahlbar.

Sogar Bundesrat sieht Problem

Erst langsam dringen die misslichen Arbeitsbedingungen der sogenannten Live-Ins ins politische und öffentliche Bewusstsein. Auch dank dem VPOD, der 2013 in Basel das Projekt Respekt@VPOD gestartet hat mit dem Ziel, die grösstenteils aus Mittel- und Osteuropa stammenden Frauen zu beraten, zu organisieren und auf der juristischen Ebene zu unterstützen. Es konnten erfolgreiche Klagen geführt werden, und heute ist Respekt@VPOD etabliert und über die Landesgrenzen hinaus bekannt. Das Projekt dient auch deshalb als Vorbild, weil die Care-Migrantinnen als schwer organisier- und mobilisierbar gelten.

Die Arbeitssituation der Care-Migrantinnen treibt auch die Wissenschaftlerin und Schwyzer SP-Kantonsrätin Karin Schwiter um. Sie verfolgt das Thema seit 6 Jahren und leitet derzeit ein nationales Forschungsprojekt zum 24-Stunden-Betreuungsmarkt in der Schweiz. Die aktuelle Situation beurteilt Schwiter so: «Die 24-Stunden-Betreuerinnen haben schon sehr viel erreicht. Es gelingt ihnen immer besser, sich miteinander auszutauschen und gegenseitig zu unterstützen. Ausserdem haben sie es durch grosse Medienpräsenz geschafft, die Öffentlichkeit auf ihre oft ausbeuterischen Arbeitsbedingungen aufmerksam zu machen.» In seinem jüngst erschienenen Bericht konstatiert sogar der Bundesrat, dass sie arbeitsrechtlich besser geschützt werden müssen.

Von Nachbarn lernen

In Deutschland und in Österreich ist die Anstellung von 24-Stunden-Betreuerinnen sehr viel weiter verbreitet als in der Schweiz. Das habe, so Schwiter, auch damit zu tun, dass die beiden Länder die Betreuung im Privathaushalt durch staatliche Pflegegelder unterstützen. Es



In den eigenen vier Wänden alt werden: Die Betreuung durch private Angestellte kreiert entweder unmenschliche oder – bei genügend Personal – unbezahlbare Arbeitsverhältnisse.

zeige sich jedoch, dass die Arbeitsplätze in den Haushalten äusserst prekär sind und oft ausbeuterische Züge tragen. «Diese aus Arbeitnehmersicht negativen Erfahrungen der Nachbarländer geben uns die Möglichkeit, über bessere Regulierungen und alternative Formen der Betreuung nachzudenken», sagt Schwiter. Wie der VPOD zweifelt auch sie an der Realisierbarkeit einer fairen und bezahlbaren privaten Lösung. «Hingegen machen einige nordische Länder sehr gute Erfahrungen mit öffentlich organisierten und finanzierten mobilen Betreuungsdiensten – ähnlich unserer Spitex.»

Ebendiese gemeinnützige Spitexstruktur sieht der VPOD als Basis für eine zeitgemässe Langzeitpflege. Dazu würde auch ein GAV gehören, damit mittels guten Arbeitsbedingungen dem stetig zunehmenden Arbeitskräftemangel entgegengewirkt werden kann. Doch solange es Bestrebungen gibt, die Langzeitpflege privat zu organisieren, wird der VPOD Care-Migrantinnen unterstützen. Deshalb hat der Verband beschlossen, Respekt@VPOD national zu verankern und auch in anderen Regionen entsprechende Netzwerke aufzubauen.

Kanton Aargau

Aarau, Sonntag, 1. Mai

10.45 Uhr Besammlung auf dem Bahnhofplatz (beim Bushof). 11.20 Uhr Umzug zum Schlossplatz. Moderation Silvia Dell'Aquila (VPOD-Regionalsekretärin Aargau-Solothurn). Begrüssung Urs Hofmann (Regierungsrat SP, Aarau). Ansprachen von Alain Berset (Bundesrat SP), Katharina Prelicz-Huber (Präsidentin VPOD Schweiz, Grüne Zürich), und Gabriela Suter (Einwohnerrätin, Präsidentin SP Aarau). Ab 11 Uhr Festwirtschaft auf dem Schlossplatz mit Info- und Marktständen. Darbietungen von Kaspar Tribelhorn (Starjongleur) und «Sugar and the Josephines» (Swing und Songs). Übertragung auf Radio Kanal K.

Baden, Sonntag, 1. Mai

Ab 10.30 Uhr in der Alten Schmiede. Moderation Moritz Meier und Mia Gujer (1.-Mai-Komitee Baden). Ansprachen von Jacqueline Fehr (Regierungsrätin SP, Winterthur), Kurt Emmenegger (Gewerkschafter, Grossrat), Florian Vock (Gewerkschafter, Grossrat) und Amal Nasr (syrische Frauenaktivistin). 10.30/13.30/15.30 Uhr Rundgang durch das industrielle Baden mit dem Historiker Willy Nabholz. Festwirtschaft bis 19 Uhr mit Brunch, Grill und Barbetrieb. Kinderprogramm. Musik von Julia Gründisch und Djamal Moumene. 17 Uhr Konzert von Pamplona Grup.

Bremgarten, Sonntag, 1. Mai

Ab 13.30 Uhr im Zeughaussaal beim Schellenhausplatz. Moderation Stefan Dietrich (Präsident SP Bezirk Bremgarten). Grusswort Daniel Sommerhalder (Stadtrat Bremgarten). Ansprache Urs Hofmann (Regierungsrat SP, Aarau). Festwirtschaft mit Vegetarischem, Bratwurst, Kaffee und Kuchen. Musikalische Umrahmung Werner Kim.

Brugg, Sonntag, 1. Mai

Ab 10.30 Uhr im Odeon. Moderation Sacha Schenker (Co-Präsident SP Bezirk Brugg). Ansprache Pedro Lenz (Dichter und Schriftsteller, Olten). 10.30 Uhr Apéro, ab 12.30 Uhr Barbetrieb. Platzzahl ist beschränkt! Anmeldung: 1.mai@sp-brugg.ch.

Lenzburg, Sonntag, 1. Mai

Ab 10 Uhr auf dem Metzplatz. Moderation Aurel Gautschi (Juso Aargau). Ansprachen Claudia Mazzocco (VPOD Aargau, Unterentfelden), Mia Gujer (Präsidentin Juso Aargau, Wettingen) und Gabi Lauper Richner (Grossrätin SP, Niederlenz). Festwirtschaft bis 14 Uhr mit Brunch, Grill, Kaffee und Kuchen. Infostände.

Menziken, Samstag, 30. April

Ab 17 Uhr im Gemeindsaal. Moderation Alfred Merz (Grossrat SP, Menziken). Ansprachen Viviane Hösli (Grossrätin SP, Sekretärin AGB, Zofingen) und Roman Merz

(Grossratskandidat SP, Zetzwil). Ab 18.30 Uhr rote Spaghetti, Kaffee und Kuchen. Infostände.

Rheinfelden, Sonntag, 1. Mai

Ab 11.30 Uhr im Clublokal Colonia Libera, im Rumpel. 13 Uhr Demo-Marsch zum Rathausplatz in Rheinfelden (D). Apéro mit den deutschen Kolleginnen und Kollegen. Begrüssung Brigitte Rüedin (Vizeammann Stadt Rheinfelden). Moderation Elisabeth Burgener und Peter Koller (Grossräte SP). Ansprachen Doris Bianchi (stv. Sekretariatsleiterin SGB, Basel), Claudia Rohrer (Grossratskandidatin, Präsidentin SP Rheinfelden) und Lelia Hunziker (Geschäftsführerin Integration Aargau und Einwohnerratspräsidentin, Aarau). Bis 20 Uhr Festbetrieb im Rumpel. Enzos Spaghetti und Unterhaltung mit Donato.

Zofingen, Sonntag, 1. Mai

Ab 13.30 Uhr in der Markthalle. Moderation Sascha Antenen (1.-Mai-Komitee Bezirk Zofingen). Ansprachen Paul Rechsteiner (Präsident SGB, Ständerat, St. Gallen), Marco Hardmeier (Grossratspräsident, Aarau) und Viviane Hösli (Grossrätin SP, Sekretärin AGB, Zofingen). Festbeiz der SP Oftringen mit Musik von «On the bus» (Streetmusic and more). Infostände.

Kanton Basel-Landschaft

Liestal, Sonntag, 1. Mai

Ab 13.30 Uhr im Ziegelhofgebäude. Umzugsroute: Bahnhof, Poststrasse, Rathausstrasse, Zeughausplatz, Rumpel, Ziegelhofanlage. Ansprachen Daniel Lampart (Chefökonom SGB), Andreas Giger-Schmid (Präsident GBBL), Florence Brenzikofer (Präsident Grüne BL) und Adil Koller (Co-Präsident SB BL). Festwirtschaft mit Musik.

Kanton Basel-Stadt

Basel, Sonntag, 1. Mai

Ab 10 Uhr Besammlung auf dem Messeplatz. 10.30 Uhr Umzug via Rheinbrücke und Freie Strasse zum Barfüsserplatz. 11 Uhr Kundgebung auf dem Barfüsserplatz. Ansprachen Toya Krummenacher (Präsidentin BGB, Co-Präsidentin VPOD Basel), Beat Jans (Nationalrat SP, Basel-Stadt), Dore Heim (geschäftsführende Sekretärin SGB) und Ursina Greuel (Schauspielerin und Regisseurin in der Rolle der Dr. Dora Grob-Schmidt zum Thema: «Welche Rechte fordern wir heute?»). 12 bis 19 Uhr Festbetrieb auf dem Barfüsserplatz mit Multikulti-Darbietungen: 13 Uhr Mevsim (anatolischer Rock), 14 Uhr «Carmelo» und «Soniquete» (Flamenco), 15 Uhr Zisa und 16.30 Uhr Les reines prochaines.

Kanton Bern

Bern, Sonntag, 1. Mai

Ab 9.30 Uhr Brunch auf dem Bundesplatz. 11 Uhr Besammlung in der Kramgasse. 11.30 Uhr Umzug via Marktgasse und Bärenplatz zum Bundesplatz. Ansprachen Giorgio Tuti

(Präsident SEV, Vizepräsident SGB), Franziska Teuscher (Gemeinderätin Bern, Grünes Bündnis), Ursula Wyss (SP, Gemeinderätin Bern) und weitere. Anschliessend bis 19 Uhr Festwirtschaft mit Risotto, Bratwurst und weiteren Köstlichkeiten. Darbietungen von «Baspa Ricardo» und «Beat Mustache». 14 Uhr Diskussion im Zelt zum Thema «Die Reichen immer reicher, die Armen immer zahlreicher». Spieltische und Kugelbahnen für Jung und Alt.

Biel, Sonntag, 1. Mai

Ab 10 Uhr auf dem Zentralplatz (bei schlechtem Wetter auf dem Vorplatz des Kongresshauses). Ansprachen Doris Bianchi (stv. Sekretariatsleiterin SGB) und Pierre-Yves Maillard (Staatsrat und Regierungspräsident Kanton Waadt). 10 bis 14 Uhr 1.-Mai-Brunch.

Burgdorf, Sonntag, 1. Mai

Ab 14 Uhr auf der Brüder-Schnell-Terrasse (bei schlechtem Wetter unter den Marktläuben). Ansprachen Charles Lewinsky (Schriftsteller), Stefan Berger (Stadtrat SP, Burgdorf) und Gabriela Bannwart (Stadträtin SP, Burgdorf). Festwirtschaft. Harmoniemusik Burgdorf und «Jøho» (Mundartband). Kinderspielplatz.

Münchenbuchsee, Sonntag, 1. Mai

Ab 11 Uhr in der Aula des Paul-Klee-Schulhauses. Ansprache Barbara Egger-Jenzer (Regierungsrätin SP Kanton Bern). Ab 11 Uhr Festbetrieb mit Brunch.

Kanton Graubünden

Chur, Sonntag, 1. Mai

Ab 10.30 Uhr auf dem Theaterplatz. Ansprachen Vania Alleva (Präsidentin Unia Schweiz) und Patrik Degiacomi (Stadtratskandidat SP, Chur). Bis 14 Uhr Festbetrieb mit Slam Poetry.

Kanton Luzern

Luzern, Sonntag, 1. Mai

Ab 9 Uhr 1.-Mai-Brunch im Pfarreizentrum Barfüsser. Begrüssung Giorgio Pardini (Präsident Luzerner Gewerkschaftsbund, Luzern). Podiumsgespräch Gewerkschaft und Kirche.

Kanton St. Gallen

Bazenheid, Sonntag, 1. Mai

Ab 10 Uhr im Restaurant Bären. Ansprache Bettina Surber (Kantonsrätin SP, St. Gallen). Brunch mit Musik.

Buchs, Sonntag, 1. Mai

Ab 10 Uhr im Hotel Buchserhof. Ansprache Barbara Gysi (Präsidentin kantonaler Gewerkschaftsbund St. Gallen, Nationalrätin SP). Ab 10 Uhr 1.-Mai-Familien-Zmorge.

Rapperswil, Sonntag, 1. Mai

Ab 11.30 Uhr auf dem Fischmarktplatz. Ansprache Claudia Friedl (Nationalrätin SP, St. Gallen). Bis 18 Uhr Festbetrieb.

Rorschach, Sonntag, 1. Mai

Ab 11 Uhr in der Badhütte. Ansprache Felix Birchler (SEV-Sekretär). 11 bis 13.30 Uhr Bützer-Zmorgä.

St. Gallen, Samstag, 30. April

16 Uhr Besammlung im Leonhardspark. Umzug via Vadianstrasse, Spisergasse und Bohl zur Grabenhalle. Ansprachen Mattea Meyer (Nationalrätin SP, VPOD, Unia), Görgün Tayfun (HPD Türkei), Andrea Hornstein (Stadtparlamentarierin) und Viviane Schindler (Präsidentin Juso St. Gallen). Ab 17 Uhr Festbetrieb in der Grabenhalle. 18 Uhr Politprogramm: Erich O. Graf, Hans Fässler, Herr Bitter. Ab 20 Uhr Kulturprogramm: «Ten Cent Pistol» (Indie Rock), Tommy (Hip-Hop/Rap), Redska, Ska, Nauras (Electro). Dazwischen erzählen Juso-Mitglieder Lehrlingsgeschichten.

Kanton Schaffhausen**Schaffhausen, Sonntag, 1. Mai**

11 Uhr Besammlung in der Vorstadt. 11.30 Uhr Umzug via Bahnhofstrasse und Obertor zum Fronwagplatz. Ansprachen Cédric Wermuth (Nationalrat SP, Aargau) und Evrim Koyun (Migrationsrednerin, VPOD). Ab 12 Uhr Volksfest auf dem Fronwagplatz mit Tambouren.

Kanton Schwyz**Goldau, Samstag, 30. April**

Ab 18 Uhr im Restaurant La Piazza. Ansprache Jacqueline Badran (SP-Nationalrätin, Zürich). Festwirtschaft mit Musik von Christof Trutmann («The True Man Show»).

Kanton Solothurn**Balsthal, Samstag, 30. April**

Ab 14.30 Uhr hinter dem Bürgerhaus. Ansprache Esther Maurer (Direktorin Solidar Suisse). Festbetrieb mit Darbietung der Tanzgruppe «Fancy».

Grenchen, Sonntag, 1. Mai

10 Uhr Besammlung auf dem Marktplatz. Umzug zur Alten Turnhalle. Ansprachen Franziska Roth (Präsidentin SP Kanton Solothurn, Kantonsrätin, Solothurn) und Teresa Matteo (Gewerkschaftssekretärin Unia, Bern). 10.30 bis 14 Uhr Festbetrieb in der Alten Turnhalle, Brunch, Getränke und Musik.

Olten, Sonntag, 1. Mai

Ab 14 Uhr im Kulturzentrum Schützi. Moderation Urs Huber (Präsident 1.-Mai-Fest, Olten). Ansprachen Lucie Waser (Gewerkschaftssekretärin SEV), Max Chopard-Acklin (Unia, ehemaliger Nationalrat SP) und «Olten im Wandel». Bis 22 Uhr Festbetrieb mit italienischer Küche, Sangria, Bar, Tombola und Robinsonspielplatz. 17.30 Uhr Konzert der Coverband «Out of Time».

Solothurn, Sonntag, 1. Mai

15 Uhr Besammlung beim Gewerbeschul-



haus, anschliessend Umzug. 15 bis 20 Uhr Solifest mit Reden, Musik, Speis und Trank zwischen Kreuz und Jugli. Ab 21 Uhr findet die traditionelle 1.-Mai-Benefizdisco im Kreuzsaal statt.

Kanton Thurgau**Frauenfeld, Sonntag, 1. Mai**

Ab 11 Uhr im Eisenwerk. Moderation Edith Graf-Litscher (SP-Nationalrätin, Präsidentin TGGB). Ansprachen Cornelia Komposch (Regierungsrätin SP), Corinne Schärer (GL-Mitglied Unia) und Köbi Auer (Gewerkschafter und SP-Politiker). Festwirtschaft mit Wurst, Brot und Bärlauch-Pasta.

Kanton Zug**Zug, Sonntag, 1. Mai**

Ab 17 Uhr auf dem Landsgemeindeplatz. Ansprache Paul Rechsteiner (Ständerat SP St. Gallen, Präsident Schweizerischer Gewerkschaftsbund). Festwirtschaft.

Kanton Zürich**Bülach, Sonntag, 1. Mai**

Ab 11 Uhr im Guss 39. Ansprachen Paul Rechsteiner (Präsident SGB), Qëndresa Sadriu (Gemeinderätin Opfikon) und Daniel Frei (Präsident SP Kanton Zürich). Festwirtschaft mit Musik von «P.V.C-Acoustic-Trio» aus Lengnau.

Dietikon, Sonntag, 1. Mai

Ab 12 Uhr Festbetrieb auf dem Kirchplatz.

Stäfa, Sonntag, 1. Mai

Ab 14.30 Uhr im Rössli (Türöffnung um 14 Uhr). Ansprachen Katharina Prelicz-Huber (VPOD-Präsidentin) und Rafael Mörgeli (Präsident SP Stäfa). Festwirtschaft mit Musik der Klezmer-Band «Bendorim».

Thalwil, Sonntag, 1. Mai

Ab 11.30 Uhr im Pavillon Blaues Haus. Ansprachen Mario Fehr (SP-Regierungsrat, Zürich), Santo Vena und Ailing Hochstrasser. 11.30 Uhr Film-Matinée «Too big to tell». Festwirtschaft bis etwa 18 Uhr.

Uster, Sonntag, 1. Mai

14.30 Uhr Besammlung am Bahnhof. Umzug durch die Innenstadt zur Landihalle. Ansprachen Kaspar Surber (WOZ-Journalist), Andreas Daurü (SP-Kantonsrat, Präsident VPOD Zürich) und Jacqueline Fehr (SP-Regierungsrätin). Festbetrieb mit Speis, Trank, Musik und Kultur. Darbietungen der Band «Bandscheibenvorfall» und von Jonas Balmer (Slam Poetry).

Wetzikon, Sonntag, 1. Mai

10.30 Uhr Wanderung nach Uster zum 1.-Mai-Fest in der Landihalle Uster.

Winterthur, Sonntag, 1. Mai

11 Uhr Besammlung auf dem Neumarkt. Umzug durch die Altstadt zur Mehrzweckhalle Teuchelweiher (Reithalle). Ansprachen Angelo Barrile (SP-Nationalrat, Zürich), Nico Lutz (Unia), Jonas Noller (Juso Winterthur), Susi Stühlinger (AL-Kantonsrätin, VPOD-Kolumnistin, Schaffhausen) und Jacqueline Badran (SP-Nationalrätin, Zürich). Bis etwa 18 Uhr Festbetrieb mit Konzerten (Special Guest präsentiert von Radio Stadtfilter). Kinderprogramm.

Zürich, Samstag, 30. April

14.30 Uhr im Volkshaus, weisser Saal. Referate «Die Rechte der Flüchtlinge als Prüfstein der Menschenrechte» von Balthasar Glättli (Nationalrat Grüne, VPOD, Zürich) und «Willkommenskultur in der Behördenpraxis? Ein Faktencheck» von Marc Spescha (Anwalt und Lehrbeauftragter, Zürich). Grussworte: Markus Bischoff (Präsident GBKZ, VPOD), Rebekka Wyler (Vizepräsidentin SP Kanton Zürich) und Marco Medici (Präsident Avivo, Zürich). Der Chor Tigersprung singt deutsche und internationale Arbeiterlieder.

Zürich, Sonntag, 1. Mai

9.30 Uhr Besammlung auf dem Helvetiaplatz. 10.30 Uhr Umzug via Bahnhofstrasse zum Sechseläutenplatz. Ansprachen Mattea Meyer (SP-Nationalrätin, VPOD) und Feleknas Uca (kurdische Politikerin). Auftritt von Slam-Poet Renato Kaiser und der Live-Band «Pamplona Grup».

Zürich, Freitag, 29. April, bis Sonntag, 1. Mai

Grosses Zürcher Polit-Fest auf dem Karsenenareal. Weitere Informationen unter www.1mai.ch.



Sauberes Wasser:
Paris stösst zur
Blue Community.

GÖD mit Rekordzahl

Der Organisationsgrad der österreichischen Service-public-Gewerkschaften ist traditionell sehr hoch. Einen erneuten Höchststand an Mitgliedern vermeldet die Gewerkschaft öffentlicher Dienst GÖD: Demnach waren am 1. Januar – oder Jänner, wie man in Österreich zu schreiben pflegt – 240 140 Mitglieder eingeschrieben, 1,37 Prozent mehr als im Vorjahr. GÖD-Präsident Fritz Neugebauer findet

diese Entwicklung «in Europa beispielgebend». Ein Grund für die guten Zahlen liegt darin, dass Österreich keine Spaltung der Gewerkschaftsbewegung kennt, wie sie in der Schweiz etwa durch das Sonderzüglein der christlichen Gewerkschaften besteht. | *vpod*

Weckruf gegen Hunger und Armut

Mehr als 30 Organisationen der Schweizer Zivilgesellschaft fordern die Angehörigen der Eidgenössischen Räte auf, nicht auf dem Buckel der Ärmsten zu sparen, sondern 0,7 Prozent unseres Nationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen. Unterstützt wird der «Weckruf gegen Hunger und Armut» von mehr als drei Dutzend prominenten Erstunterzeichnenden. Jüngst hat die Finanzkommission des Nationalrats beschlossen, die öffentlichen Entwicklungsgelder auf 0,4 Prozent des Brut-

tonationaleinkommens zu schrumpfen. Mindestens ein Viertel der langfristig angelegten Schweizer Entwicklungszusammenarbeit müsste so gestrichen werden. | *pd*

Unzufriedene Pflege-Azubis

Lernende in Pflegeberufen leiden (auch) in Deutschland unter Überstunden, kurzfristigen Versetzungen und Zeitdruck bei der Arbeit. Das sind die zentralen Befunde des «Ausbildungsreports Pflegeberufe 2015», den die Gewerkschaft Verdi auf Grundlage einer Umfrage unter 3500 Auszubildenden erstellt hat. Als völlig ungenügend wird zudem der Umfang der Praxisanleitung empfunden: 60 Prozent der Lernenden beklagen, dass ihre Praxisanleiterinnen nicht genug Zeit haben bzw. bekommen, 80 Prozent finden, dass mehr Praxisanleiterinnen nötig wären. Verdi-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler: «Aus-

Wirtschaftslektion Überlegene AHV

Die Leistungen der Pensionskassen sinken. Es vergeht kaum eine Woche, ohne dass eine grosse Kasse ankündigt, künftig weniger Rente zu zahlen. Besonders drastische Beispiele sind die Pensionskasse des Kantons Zürich BVK und die Pensionskassen der Credit Suisse und der Ruag. Solche Leistungssenkungen werden grösstenteils mit tieferen Kapitalerträgen begründet. Die tiefen Zinsen gäben nicht mehr her.

Expertinnen und Experten sprechen in diesem Zusammenhang vom technischen Zinssatz. Das ist der Satz, zu dem die verbleibenden Altersguthaben der Rentnerinnen und Rentner künftig verzinst werden. Je tiefer dieser Zins, desto tiefer die Renten. Und die Zins-erwartungen sind tief. Die BVK und die Credit Suisse rechnen mit

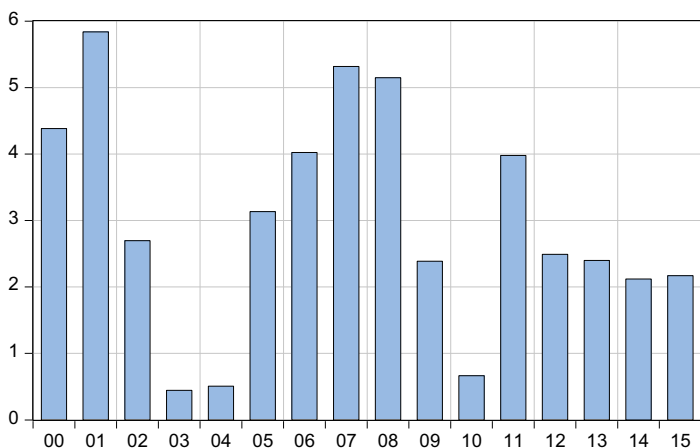
2 Prozent. Ruag sogar mit 1,5 Prozent. Von weiteren Senkungen ist auszugehen. Die ausgesprochen konservative Empfehlung der sogenannten Pensionskassen-Experten liegt momentan bei 2,75 Prozent. Die meisten Pensionskassen orientieren sich daran. Es ist damit zu rechnen, dass die «Experten» ihre Empfehlung weiter herunterschieben – je nach Entwicklung auf den Finanzmärkten auf 2,5 oder 2,25 Prozent.

Diese Empfehlungen sind fragwürdig. Sie sollen für eine Dauer von rund 20 Jahren gültig sein, nämlich so lange, wie jemand nach der Pensionierung im Mittel noch lebt. Doch bereits eine Abwertung des Frankens oder ein höherer Ölpreis führen zu einer Teuerung, die wieder höhere Zinsen nach sich ziehen würde. Die Empfehlungen würden in Kürze nach oben korrigiert.

Bei dermassen tiefen Zinsannahmen stellt sich darüber hinaus die Systemfrage. Das Alterssparen im Rahmen der zweiten Säule lohnt sich so in vielen Fällen definitiv nicht mehr. Das Umlageverfahren, bei welchem die Renten direkt aus Lohnbeiträgen bezahlt werden, ist dann im Vorteil. In den letzten 15 Jahren ist die Lohnsumme im Durchschnitt um 3 Prozent gestiegen. Dementsprechend erhöhten sich die Beiträge. Technische Zinssätze von 2,5 Prozent oder weniger geben unter diesen Vorzeichen im Vergleich zum Umlageverfahren zu wenig her.

Wie stark die Lohnsumme in den kommenden Jahren zunehmen wird, hängt von der Produktivität, der Teuerung und der Zahl der Berufstätigen (Zuwanderung u. a.) ab. Selbst die zurückhaltenden Szenarien des Bundes rechnen für die nächsten 20 Jahre mit einem Anstieg der Lohnsumme von durchschnittlich 2,5 Prozent pro Jahr. Die SGB-Initiative AHVplus kommt deshalb gerade zum richtigen Zeitpunkt. Sie will die AHV und somit das Umlageverfahren stärken. Damit die Berufstätigen für ihre Beiträge mehr Rente erhalten. | *Daniel Lampart, SGB-Chefökonom*

Jährliches Wachstum der Lohnsumme seit 2000
(nominal, in Prozent)



zubildende starten mit hohem Engagement und Erwartungen. In der Ausbildung erfolgt die harte Landung.» Ohne zusätzliches Personal werde es nicht gelingen, die Gesundheitsberufe wieder attraktiv zu machen. | *verdi/slt*

VPOD gratuliert Paris

Der VPOD gratuliert der Stadt Paris: Nach der Bundesstadt Bern ist es die zweite europäische Kapitale in der *Blue Community*. Unter diesem Label sammeln sich Gemeinwesen, Institutionen und Organisationen, die Wasser als Menschenrecht begreifen. Dieses ist durch Umweltverschmutzung und Verschwendung bedroht, aber auch durch Privatisierung und Kommerzialisierung, die aus Wasser ein teures Handelsprodukt machen. Die *Blue Community* will, dass die Wasserdienstleistungen in der öffentlichen Hand bleiben. | *vpod (Foto: jarek106/fotolia.de)*

PSI gegen Flüchtlingsdeal

Der europäische und der internationale Dachverband der Service-public-Gewerkschaften, EGÖD und PSI, kritisieren das zwischen der EU und der Türkei geschlossene Flüchtlingsabkommen. Gemäss dem sogenannten «One-in-one-out-Deal» werden illegal in Griechenland Einreisende in die Türkei zurückgeschafft, während im Gegenzug ebenso viele Syrer legal in die EU kommen dürfen. Jan Willem Goudriaan, EGÖD-Generalsekretär, bezeichnete den Vertrag als «Geschacher um Menschenrechte». | *vpod*

Fairtrade-Textil-Label nützt nichts

Die internationale Clean Clothes Campaign (CCC) kritisiert einen neuen Textil-Standard von Fairtrade International als «falsches Instrument». Das Label, das auf Sozialaudits aufbaut, bürde die Verantwortung und die

Kosten den Zulieferern auf, garantiere keinen Existenzlohn und bringe somit den Näherinnen in den Fabriken keinen Fortschritt. Der Standard beziehe sich nur auf einzelne Lieferketten und nicht auf die gesamte Geschäftstätigkeit der Firmen. «Er erlaubt den Modekonzernen, einzelne Produkte als Fairtrade zu kennzeichnen und bei den restlichen 99 Prozent mit *Business as usual* fortzufahren», schreibt CCC. | *pd (Foto: Tareq Salahuddin)*



Saubere Kleider: Der Fairtrade-Standard genügt nicht.

Wer war's? Ei, wie sachlich

Hans Staub, Paul Senn und andere haben den Schweizer Alltag abgelichtet, damals, in der Zwischenkriegs- und Kriegszeit des letzten Jahrhunderts. Senns Porträt eines Krienser Heimzöglings von 1940 war jüngst, im Zusammenhang mit der Aufarbeitung von Behördenunrecht, wieder häufig zu sehen. Aus dem sommersprossigen Gesicht des Buben schaut die Unschuld, aber auch das traurige Wissen, dass irgendeine Strafe für irgendeine angebliche Missetat schon folgen wird. Nach dem Krieg reiste Senn durch das verwüstete Europa. Auch Werner Bischof zog es in die Welt, bis nach Südamerika, wo seine berühmtesten Aufnahmen entstanden. Fast eine Generation jünger war der kürzlich verstorbene René Burri, der durch Porträts von Ché Guevara und Picasso selbst zur Legende wurde.

Schlaupöppe haben bereits messerscharf analysiert, dass es heute um Schweizer Fotografie geht. Und dass die genannten Namen alle als Lösung nicht in Frage kommen. (Das ist fast immer so bei Ratespielen. Eine Ausnahme war das hier im Juli 2014 veröffentlichte «Sommerrätsel», das tatsächlich auf Dr. Hans Sommer hinauslief.) Also flugs die Zeitmaschine in Betrieb genommen und auf 1920er Jahre eingestellt. In Berlin singt die junge (und noch etwas rundliche) Marlene Dietrich mit der androgynen Margo Lion (deren Stil die Dietrich später kopierte) das Motto des Jahrzehnts: «Es liegt in der Luft eine Sachlichkeit.»

Auch dem heute Gesuchten kann diese Stilrichtung zugeordnet werden. Von wem: Gibt es eigentlich auch eine *alte* Sachlichkeit? Nichts Genaues weiss man nicht. Die *neue* jedenfalls liess Werkbünde und Bauhäuser aus dem Boden schiessen, wohin das Auge fiel. Mister X. wuchs in Heilbronn auf und studierte in Stuttgart, München und Berlin. Dann arbeitete er in Halle. Aus Schweizer Sicht ist seine Zürcher Zeit ab 1932 am bedeutendsten. Er wirkte hier als prägende Figur an einer Einrichtung, die heute noch – wenn auch unter anderem Namen – besteht. Einige der eingangs Genannten waren seine Schüler.

Ihnen brachte er das Prinzip «Form follows function» bei: Die Gestaltung orientiert sich am Zweck. Schönheit entstehe ganz von selber und brauche nicht mit Ornamenten künstlich übergestreut zu werden, heisst die Devise. Prototypisch verwirklicht findet sich dieser Ansatz im – Hühnerrei, das daher vom Fraglichen oft und gerne abgelichtet wurde, nebst sonstigem Design, von Landi-Stuhl bis Langenthaler Porzellan. So schön, dass es fast wie abstrakte Malerei aussieht. Genug geschwätzt, der Mann ist längst enttarnt. Sein Name, sofern er auf Postkarte bis am 22. April sein Ziel (VPOD, Redaktion, «Wer war's?», Birmensdorferstrasse 67, Postfach 8279, 8036 Zürich) erreicht, berechtigt zur Teilnahme an der Verlosung. Zu gewinnen sind drei Büchergutscheine (zu 100, zu 50 und zu 20 Franken). | *slt*

Es war Emmeline Pankhurst

Eher wenige Einsendungen erreichten die Rätselredaktion. Das kann zweierlei bedeuten: Die Gesuchte ist hierzulande nicht derart berühmt. Oder die Angaben zu ihrer Identifizierung waren zu knapp. Jedenfalls ist Emmeline Pankhurst – im neuen Kinofilm dargestellt von Meryl Streep – die Gründerin und die bekannteste der Suffragetten. Diese – bürgerliche – Bewegung kämpfte in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg in Grossbritannien für das Frauenwahlrecht. Wobei sie sich, angesichts der Ignoranz und Brutalität der Gegnerschaft, zunehmend radikalisierte. Von der Provokation schritt man zur gezielten Sachbeschädigung. Der Krieg und die mit ihm verbundene Zunahme weiblicher Erwerbstätigkeit halfen dem Anliegen. 1918 wurde es teilweise (Wahlrecht für Frauen ab 30 mit Grundbesitz), 1928 vollumfänglich umgesetzt. Zu diesem Zeitpunkt musste die Innerrhödelin noch 63 Jahre auf ihre erste Landsgemeinde warten. Nur noch kurze Wartezeit haben Hans Rudolf Tschudi (Zofingen), Esther Huber (Zürich) und Käthi Sanz Elmiger (Konolfingen) zu bestehen: Die Wettbewerbspreise sind bereits zu ihnen unterwegs. | *slt*

Delegiertenversammlung des Verbandes vom 2. April 2016

Die – um 44 Kongressdelegierte mit beratender Stimme erweiterte – Delegiertenversammlung hat

- zu den am Kongress 2015 in Lausanne nicht behandelten Anträge Beschluss gefasst (detaillierte Publikation im *VPOD-Magazin* vom Mai). Noch pendent ist der Tessiner Antrag «Nein zum Dumping», der nach einer Tagung zum Thema zur Abstimmung kommt.
- die Parolen für die eidgenössische Volksabstimmung vom 5. Juni gefasst: *Nein* zur Initiative «Pro Service public», *Nein* zur Milchkuhinitiative, *Ja* zur Revision des Asylgesetzes. Zur Initiative «für ein bedingungsloses Grundeinkommen» wurde nach angelegter Debatte Stimmfreigabe beschlossen.

Stefan Giger, Generalsekretär

VPOD-Landesvorstand vom 4. März 2016

Der Landesvorstand hat

- über die Mitgliederentwicklung des VPOD gesprochen und eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit dieser Problematik näher befassen und Vorschläge erarbeiten wird.
- sich einen Überblick über die abgeschlossenen und die laufenden Werbeprojekte in den Regionen verschafft.
- vom geplanten nationalen Aktionstag und der aktuellen Gemengelage im Gesundheitswesen Kenntnis genommen.
- den Ablauf der (erweiterten) Delegiertenversammlung vom 2. April festgelegt.
- die Prioritäten und Zielsetzungen des Zentralsekretariats für das Jahr 2016 diskutiert.

Stefan Giger, Generalsekretär

Edzard Wüstendörfer †

Mit Edzard Wüstendörfer ist einer der letzten prominenten Vertreter der Bühnenkünstler im VPOD gestorben. Die Sektion umfasste namentlich in der Zeit des Zweiten Weltkriegs und den folgenden Jahrzehnten viele grosse Namen. Wüstendörfer starb im März im Alter von 90 Jahren. Nach ersten Engagements in Deutschland arbeitete er von 1964 an drei Jahrzehnte lang am Zürcher Schauspielhaus. In 80 Rollen stand der Kollege auf der Pfaubühne, unter anderem 1966 in der Uraufführung von Friedrich Dürrenmatts «Der Meteor», aber auch in Klassikern von Schiller oder Shakespeare. Daneben war Wüstendörfer auch als Sprecher für das Schweizer Fernsehen tätig. | *vpod*

Rote Köpfe

«Auf dem Neujahrsspaziergang durch den St. Galler Wildpark Peter und Paul klingelte **Paul Rechsteiners** Handy», lässt uns die *WOZ* (3. März) wissen in einem Artikel über den Widerstand gegen die Durchsetzungsinitiative. Wir ahnten, dass das Mobiltelefon des SGB-Präsidenten zuweilen eigene Wege geht, wundern uns aber doch, dass das Teil offenbar vollkommen kabel- und führerlos durch die Gegend läuft und mit seinem Geschepper unschuldige Murmeltiere aus dem Winterschlaf reisst.



Gross im Bild war der VPOD in jener «10 vor 10»-Sendung, die über die «ungekrönte Schweizer Twitter-Queen» berichtete: «Mit ihrer Kamera fängt **Andrea Jerger** alles ein, was ihr wichtig erscheint, und stellt es auf Twitter.» Im Beitrag war die VPOD-Aktion für das Musikschulgesetz vor dem Zürcher Rathaus zu sehen. Die Kollegin – gelernte Metzgerin, die auch schon (aber nicht als solche...) für den VPOD Zürich gearbeitet hat – ist dank Twitter die einflussreichste Schweizer Politikerin. Wissenschaftlich erwiesen!

Wahlen halten die Schweiz weiter in Atem. Im August wird die Schaffhauser Regierung neu bestellt, im Herbst diejenige von Basel-Stadt. In Schaffhausen kandidiert unter anderen **Susi Stühlinger**, der Leserschaft dieses Hefts bestens bekannt als Kolumnistin. Die Alternative Liste, die bereits in der Schaffhauser Stadtregierung sitzt, möchte auch im Kanton mitregieren. Rheinabwärts ist die langjährige VPOD-Sekretärin **Heidi Mück** als Kandidatin des Bündnisses Basta für den baselstädtischen Regierungsrat bestimmt worden. Geplant ist eine Fünferliste mit SP und Grünen. Sogar die *Basler Zeitung* lobt: Mück habe sich «in ihren zwölf Jahren im Basler Parlament einen Namen als Bildungs- und Sozialpolitikerin gemacht, die auch weit über die Parteigrenze hinaus Allianzen schmieden kann».

Die VPOD-Sektion Uri ist eine der kleineren im Land. Trotzdem fällt sie immer wieder positiv auf. Etwa dann, wenn sie bei Initiativen oder Referenden die Quote über-über-übererfüllt (indem sie das x-fache der Mitgliederzahl an Unterschriften beisteuert). Im zweiten Wahlgang für den Regierungsrat hat **Dimitri Moretti** jetzt die Chance, den letzten SP-Regierungsrat in der Zentralschweiz zu retten. Der VPOD wünscht dem Kollegen zu diesem Vorhaben für den 10. April viel Erfolg!

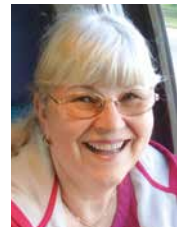
Von einer Pensionierung ist zu berichten – und nicht von *irgendeiner*:

Susanna Bretscher hat ihr ganzes Arbeitsleben dem VPOD geweiht. Mehr als 40 Jahre war sie in zahlreichen Funktionen und mit noch viel zahlreicheren Aufgaben im Zentralsekretariat tätig. Obwohl ein Mückengewicht und figürlich so ziemlich präzis das Gegenteil eines Elefanten, hat die Kollegin zumindest das Gedächtnis eines solchen. Sie hätte (etwa als wandelndes Geburtslexikon) problemlos bei «Wetten dass...» auftreten können. Als Rentnerin wird sich die Kollegin noch verstärkt ihrem zweiten grossen Lebensthema zuwenden: den pyrenäischen Hirtenhunden.



Auch beim VPOD-Landesvorstand wird es wieder einen Wechsel geben:

Eliane Straumann geht vorzeitig in Pension und scheidet damit per Ende Jahr aus dem Gremium aus. Damit werden zwei Dinge wegfallen: die oft nur scheinbar naiven Wortmeldungen unter dem Motto «Ich habe da mal eine Frage...». Und die Versorgung des Landesvorstands durch selbstgebackenen Kuchen von allerhöchster Qualität und in unvorstellbarer Vielfalt. | *slt* (Fotos: Alexander Egger, *slt* [2])



Leserinnenbrief

Knigge schadet keinem

«Nach «Köln»: Der Fasnachtsknigge», *VPOD März 2016*

Leider musste ich im letzten Magazin lesen, der «Fasnachtsknigge» sei schlimm für die männlichen Flüchtlinge. Ich finde, das Gegenteil ist der Fall. Viele von ihnen kommen aus sehr, sehr frauenfeindlichen Ländern, deshalb muss die Frauenfrage immer wieder thematisiert werden, solange sie hier sind. Und da ist eine Broschüre erst der Anfang! Die Frauen müssten schweigen, damit man ja nichts Böses über diese Machos berichten muss? Das *VPOD-Magazin* enttäuscht mich sehr. Der Artikel ist ein Affront und traurig für all diese in der Seele geschädigten Frauen. Ich weiss, die Täter sind nicht nur Männer aus dem Ausland, aber leider sehr, sehr oft. Ein solcher Verhaltensknigge schadet keinem, alle Männer werden dadurch zum Denken angeregt, das hat noch niemandem geschadet!

Margrit Mäder, Wohlen bei Bern

Die Kündigung der langjährigen Spitexmitarbeiterin war missbräuchlich

In Ungnade gefallen

Der Spitexmitarbeiterin L. wurde nach 13 Jahren eine Bewährungsfrist angesetzt, die sie zwar bestand. Dennoch wurde ihr gekündigt – missbräuchlich. Der VPOD verhalf zu einem guten Vergleich. | Text: Sabine Braunschweig

(Foto: www.dokumentiert.de/photocase.de)

Schon über ein Jahrzehnt arbeitete die diplomierte Pflegefachfrau bei der Spitexorganisation. Anlässlich eines Vorgesetztenwechsels erhielt sie ein ausgezeichnetes Zwischenzeugnis. Darin sprach die scheidende Bereichsleiterin die Hoffnung aus, Kollegin L. möge noch lange zu den Mitarbeitenden zählen. Nur 14 Monate später wurde ihr mit sofortiger Freistellung gekündigt. Was war passiert?

Häufig bewirkt ein Leitungswechsel in einer Institution auch organisatorische, strukturelle und personelle Veränderungen. Der neue Zentrumsleiter beraumte bei der langjährigen Mitarbeiterin überraschend eine Bewährungsfrist von drei Monaten an. Dabei ging es nicht um fachliche Mängel, vielmehr wurde L.s Verhalten kritisiert. Konkrete Vorfälle gab es nicht, nur allgemeine Vorwürfe wurden erhoben. Nach der gesetzten Frist wurde die Bewährung als bestanden erklärt. Kurze Zeit später eröffnete ihr der Leiter, dass sie sofort freigestellt werde. Als Grund gab er ein gestörtes Vertrauensverhältnis und geschäftsschädigendes Verhalten an. Konkrete Vorkommnisse, die zu seinem Entscheid geführt hatten, nannte er nicht.

Kampf um Akteneinsicht

Hierauf stellte das langjährige VPOD-Mitglied L. ein Gesuch um Rechtsschutz. Der beauftragte Vertrauensanwalt erhob bei der Arbeitgeberin fristgerecht Einspruch wegen missbräuchlicher Kündigung und bat um sämtliche Unterlagen aus dem Personaldossier seiner Mandantin.

Danach werde er sich mit konkreten Forderungen an die Spitexleitung wenden, stellte er in Aussicht.

Einen Monat später hatte er die Personalunterlagen immer noch nicht in der Hand. Nun sprach er Klartext: Die Arbeitgeberin

In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.



Akteneinsicht? Die Arbeitgeberin wollte L.s Personaldossier nicht herausrücken. Kein Wunder: Ein Grund für die Kündigung findet sich darin nicht.

rin sei gesetzlich verpflichtet, Personalakten innerhalb von 30 Tagen auszuhändigen. Die Weigerung, einem Gesuchsteller Akteneinsicht zu gewähren, sei strafbar. Wenn er bis zum genannten Termin nichts erhalte, gehe er davon aus, dass die Spitex bewusst und in strafrechtlich relevanter Weise die Akteneinsicht verweigere. Diese Drohung wirkte, die Akten wurden geschickt. Daraus ging hervor, dass L. keinerlei Fehlverhalten vorzuwerfen war. Es war offensichtlich, dass der Kündigungsgrund vorgeschoben war.

Die Entlassung war also missbräuchlich erfolgt. Inzwischen hatte L. auch ihr Arbeitszeugnis erhalten. Im Vergleich zum Zwischenzeugnis fiel auf, dass häufig schlechtere Formulierungen verwendet wurden, insbesondere was das Teamverhalten angeht. Der

Anwalt leitete daher eine arbeitsrechtliche Klage ein. Er machte eine Entschädigung für die missbräuchliche Kündigung von 2 Monatslöhnen mit Zinsen und Spesen geltend und verlangte eine Abänderung des Arbeitszeugnisses.

Einigung vor Friedensrichter

Bereits die Schlichtungsverhandlung vor dem Friedensrichteramt führte zu einer Vereinbarung. Auf der einen Seite war L. bereit, die eingeklagte finanzielle Entschädigung etwas zu reduzieren, auf der anderen Seite verpflichtete sich die Spitex, den reduzierten Forderungsbetrag zu überweisen. Auch in Bezug auf das Arbeitszeugnis einigten sich die Parteien. Sicherheitshalber deponierte der Anwalt einen Widerrufsvorbehalt – liess also die Möglichkeit offen, auf die Vereinbarung zurückzukommen. Nachdem aber L. und der VPOD mit dem ausgehandelten Vergleich zufrieden waren, konnte der Fall erfolgreich abgeschlossen werden.

Die Solidar-Koordinatorin für Nicaragua, Carmen Ayón, blickt zurück auf ihr Berufsleben

Kaffee von unten

Nach 26 Jahren als Solidar-Koordinatorin in Nicaragua ist Carmen Ayón Ende 2015 in Pension gegangen. Mit ihrem Wirken hat sie beispielsweise zum grossen Erfolg von fair gehandeltem Kaffee beigetragen. | Text: Katja Schurter
(Foto: Frederic Meyer)



Zuhören und handeln: Stets hatte Carmen Ayón ein offenes Ohr für die Anliegen Benachteiligter. Wenn die sich zusammentun, entsteht eine Dynamik für eine bessere Welt.

Carmen Ayón hat alle grossen Ereignisse miterlebt, die Nicaragua in den letzten 40 Jahren erschüttert haben: das Erdbeben in Managua, die sandinistische Revolution, den Kontra-Krieg, den Hurrikan «Mitch». «Sie haben mein Leben gezeichnet, und ich habe daraus gelernt: Zum Beispiel, dass nur das Leben zählt und nicht das Materielle. Oder dass der Hass, der als Vorwand für Kriege dient, von den Mächtigen geschürt wird, um Konflikte unter den Armen zu säen. Doch sind es die Armen, die unter den Folgen leiden.»

Bitteres Erbe

Als die Betriebswirtin 1989 bei Solidar Suisse – damals noch Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH genannt – begann, wollte sie mit ganzer Kraft für eine Organisation tätig werden, die «mit revolutionären Werten für die Ärmsten und am meisten Unterdrückten arbeitet und sich für die Gleichstellung engagiert». Denn der Bürgerkrieg hatte ein bitteres Erbe hinterlassen: Armut und Ungleichheit und Frauenverachtung. Heute ist Nicaragua eines der sichersten

Länder in Zentralamerika. «Das könnte daran liegen, dass der Polizei während der sandinistischen Revolution die Werte Integrität und Engagement vermittelt wurden», sagt Carmen Ayón. «In jeder Gemeinde arbeiten Polizei, Behörden und soziale Organisationen heute zusammen, um Delinquenz zu verhindern und die gesellschaftliche Beteiligung von Jugendlichen zu fördern.»

Doch Probleme bleiben: Viele Jugendliche haben keine Anstellung und arbeiten deshalb ohne soziale Absicherung auf eigene Rechnung. Arbeit gibt es in Nicaragua fast nur im informellen Sektor, deshalb haben Angestellte eine schwache Position gegenüber den Arbeitgebern. So kommt es vor, dass Unternehmen ihre Leute einfach entlassen, wenn diese sich organisieren. Die Regierung lasse sie gewähren, aus Angst um die ökonomische Stabilität, sagt Ayón. Fatal findet sie auch die Allianz der Regierung mit der Kirche, die für traditionelle Werte einsteht und damit den Frauen schadet und den Machismo stärkt. Mit weitreichenden Folgen: In Nicaragua besteht ein absolutes Abtreibungsverbot, das

sogar dann gilt, wenn das Leben der Mutter gefährdet ist.

Zudem kämpft Nicaragua mit den Folgen des Klimawandels: Trockenheit und schlechte Ernten bedrohen die Existenz von Kleinbauernbetrieben. So können sie noch weniger mit den importierten, subventionierten Produkten konkurrieren. «Und 2016 wird es noch schlimmer, wenn gemäss Freihandelsabkommen Cafta der US-amerikanische Mais zollfrei ins Land gelangt», so die Befürchtung Ayóns.

Unter Carmen Ayóns Leitung packte Solidar die Probleme an, sei es durch die Unterstützung der Gewerkschaft für auf eigene Rechnung Arbeitende, der Netzwerke, die sich gegen Gewalt und für Frauenrechte einsetzen, oder der Kooperativen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Mit Erfolg: So war eine von Solidar unterstützte Kaffeekooperative die erste Organisation des Landes, die Fairtrade-Kaffee direkt ins Ausland exportierte. Heute hat sie sich mit anderen Kooperativen zusammengeschlossen und ist eine der grössten Kaffee-Exporteurinnen im Land.

Ressourcen für alle

«Das Einzigartige an Solidar ist die Unterstützung von Menschen, die sich organisieren.» Das Leben und die Chancen vieler Menschen verändern zu können, war für Ayón das Schönste an ihrer Arbeit. «Die Investition in die Bildung von Jugendlichen, Bauern und Frauen hat die grösste Wirkung. Wenn sie Zugang zu Krediten und Landrechten erhalten, wenden sie neue Technologien an, diversifizieren ihre Produktion und haben bessere Erträge», lautet ihr Fazit. Unvorstellbar, dass sich die quirlige und effiziente Koordinatorin jetzt zur Ruhe setzt. Will sie auch nicht. Sie will endlich das tun, wozu sie nie Zeit hatte: Reisen, Lesen, Zeit mit ihrer Familie verbringen. Und sie werde weiter davon träumen, dass ihre Vision einer Welt mit echter Demokratie Realität wird, «eine Welt, in der alle Zugang zu Ressourcen haben».

Stella Jegher war 12 Jahre bei Amnesty International, zuletzt als Leiterin Kommunikation

Herzblutberuf

Ein Beruf als Berufung: Mehr als ein Jahrzehnt lang hat Stella Jegher Themen und Auftritt der Schweizer Sektion von Amnesty International mitgeprägt. Jetzt bricht sie zu neuen Ufern auf. | Text: Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)

«Zugegeben, ich bin privilegiert», sagt Stella Jegher. «Allerdings hilft es auch niemandem, wenn ich diese Privilegien nicht nutze.» Die Kollegin spricht von der Auszeit vom Erwerbsleben, die sie sich, nach 12 Jahren Wirkens bei Amnesty International, gönnt. Ursprünglich habe sie an ein Sabbatical mit Rückkehrgarantie gedacht. Doch dann kam sie zum Schluss, dass es fairer und eleganter sei, den Posten für eine neue Kraft zu räumen und sich nach dem grossen Urlaub neu zu orientieren. Zunächst hat sie jetzt aber Zeit für lange Vernachlässigtes. Fürs Bergsteigen. Fürs Reisen. Fürs Spanischlernen, endlich. Schon schön. (Solange sie nur dem VPOD treu bleibt. Ja, das habe sie vor. Verlässliche Partnerschaften kündigt man nicht.)

Die Frage nach Sisyphos

Wer ihr zuhört, merkt rasch, dass Stella Jegher ihrer Arbeit keineswegs überdrüssig war, auch wenn die häufig bis tief in den Abend und weit ins Wochenende hineinreichte. Die Kollegin kam einst via ihr feministisches Engagement zu Amnesty International und kann kaum mehr auffädeln, ob der Job sie oder sie den Job gefunden hat. Zunächst war sie jedenfalls für Frauenrechte zuständig, also im angestammten Dossier. Auch die Rechte von Schwulen, Lesben und Transgender gehören in dieses Ressort, und die sind – wie bekannt ist – weniger denn je eine Selbstverständlichkeit. In Afrika ebenso wenig wie in Putins Russland.

Spätestens an diesem Punkt drängt sich die Frage nach Sisyphos auf: Ist überhaupt irgendein Fortschritt erkennbar? Oder ist alles Bestreben, den Menschenrechten auf dem ganzen Erdball Geltung zu verschaffen, vergebens? Die Situation scheint in diesem Frühling 2016 fast weltweit aus dem Ruder zu laufen. Es wird hingehichtet und gefoltert und ohne Prozess eingesperrt, was das Zeug hält. Flüchtlinge, Gefangene, Zwangsarbeiterinnen, so weit das Auge reicht. Andererseits: Wie sähe die Welt aus ohne Organisationen wie Amnesty International?

Kein Zickzackkurs

Es gibt viel zu tun, und jemand muss es machen. 80 Gruppen, 50 000 Mitglieder und noch viel mehr Spenderinnen und Spender stehen hinter der Schweizer Sektion. Das gibt Auftrieb. Ansporn ist auch, dass man hierzulande nicht nur das eigene Geld (auch für die 60 Angestellten) erwirtschaften muss, sondern darüber hinaus noch welches für den internationalen Topf, aus dem sich die ärmeren Ländersektionen nähren. Was tut aber eigentlich eine «Leiterin Kommunikation»? Wo doch Kommunikation – auf allen Kanälen – sozusagen eh das einzige «Produkt» ist? Was international als Kampagnenschwerpunkt beschlossen wurde, ist auf hiesige Verhältnisse zuzuschneiden. Inhaltliche Kongruenz der Botschaften ist das eine, die wirkungsvolle Platzierung etwas anderes. Tages-



Menschenrechte sind unteilbar: Stella Jegher.

aktualitäten, drittens, funken immer wieder in alle Pläne hinein. Aufreibend! Aber auch spannend!

Der hervorragende Ruf von Amnesty International beruht zu einem nicht geringen Teil auf Koordinationsarbeit, wie Stella Jegher sie geleistet hat. Auch nicht der Verdacht eines Zickzacks darf aufkommen. Menschenrechte sind unteilbar. Dass Amnesty darauf beharrt, führt manchmal zu Anfeindungen. Da und dort wurde die Spendenbereitschaft aufgekündigt, als sich die Organisation gegen die Durchsetzungsinitiative stellte. Kritik von anderer Seite trifft ein, wenn Menschenrechtsverletzungen unter linken Regimes, etwa in Venezuela, angeprangert werden: «Da werden wir gleich beschuldigt, Teil einer imperialistischen Lügenkampagne zu sein...»

Nonprofitorganisationen haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten stark verändert. Nichts Handgestricktes mehr, überall professionelle Abläufe. Ein einheitlicher Auftritt – derjenige von Amnesty International ist seit geraumer Zeit knallgelb – hilft bei der Wiedererkennung und damit auf dem Spendenmarkt. Und auch im Wettbewerb um gute Leute sind NGO Akteure unter anderen. Trotzdem bleibt Spezifisches. Stella Jegher sieht es vorab im vielen Herzblut, das in den Adern der Organisation pulsiert. Auch das ein Privileg: einen Beruf ausüben zu dürfen, der mit den innersten Überzeugungen übereinstimmt.



HOTEL
i GRAPPOLI
LUGANO-SESSA



**Frühlings-Hit für Mitglieder:
3 für 2!**

3 Nächte bleiben und nur 2 bezahlen

Gültig bis 30. April 2016

(jeweils von Sonntag bis und mit Donnerstag)

Für alle anderen Hotel-Übernachtungen gilt:

15% Rabatt auf Last-Minute-Angebote

25% Rabatt auf Preisliste



Hotel i Grappoli
6997 Sessa
Tel. 091 608 11 87
Fax 091 608 26 41
www.grappoli.ch • info@grappoli.ch

[fb.com/Grappoli.Sessa](https://www.facebook.com/Grappoli.Sessa)

VERANSTALTUNGEN IM APRIL

Anlässlich der Ausstellung «Ul noss dialètt? Sperlüsènt!»

Freitag, 22. April, bis Samstag, 30. April

«Mestee e arnees d'una volta»

Objekte von anno dazumal – Ausstellung in Zusammenarbeit mit dem kleinen Museum Sessa

Freitag, 22. April

ab 19 Uhr «I piatt di noss vicc» (Küche von anno dazumal)

21 Uhr «Compra, vent e prega ul sant»

Dialektkomödie mit der Gruppe Rapatee

Samstag, 23. April

21 Uhr «Am Kamin: Geschichten unserer Grosseltern in Dialekt»

Geschichten und Interviews zwischen Lugano und Mendrisio, gesammelt von Jean Fasola und Rolf Leuenberger und präsentiert vom Amateur-Film-Atelier Sessa

Freitag, 29. April

ab 19 Uhr «I piatt di noss vicc» (Küche von anno dazumal)

21 Uhr «Indoa 7 – Dialekt im digitalen Zeitalter»

Referat von Nicholas Ferretti, Soziolinguist

Samstag, 30. April

ab 19 Uhr «I piatt di noss vicc» (Küche von anno dazumal)

21 Uhr «Ul dialètt in musica»

Musik und Dialektlieder mit Gitarre und Akkordeon



AZB Postfach 8279, 8036 Zürich



Schweizerisches Arbeiterhilfswerk **SAH**
SAH ZENTRALSCHWEIZ
Œuvre suisse d'entraide ouvrière **OSEO**
Soccorso operaio svizzero **SOS**

BiSt | Fep

Fachstelle Bildung im Strafvollzug
Centre de compétence pour la formation
dans l'exécution des peines
Centro di competenza per la formazione
nell'esecuzione delle pene

Die dem SAH Zentralschweiz angegliederte «Fachstelle Bildung im Strafvollzug BiSt» sucht per Juli 2016 oder nach Vereinbarung

**eine Lehrperson Basisbildung im Strafvollzug
40%**

für das Unterrichten von Gefangenen im Vollzugszentrum Bachtel (ZH).

Sie verfügen über ein Lehrer/innenpatent, vorzugsweise für die Sekundarstufe I. Sie haben Erfahrung im Unterrichten von Deutsch, Mathematik, Informatik und allgemeinbildenden Themen.

Weitere Informationen sind zu finden unter www.bist.ch

vpod ssp

Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretär: Stefan Giger

Redaktion: Christoph Schlatter |s/t

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
Postfach 8279, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
redaktion@vpod-ssp.ch
www.vpod.ch

Erscheint 10-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:
gdz AG, Zürich

Auflage: rund 21 000 Exemplare

Anzeigenregie:
VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich
Postfach 8279, Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich



MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C009035